

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

POLITISCHE VERFOLGUNGEN5
WILLKÜR DER RECHTSCHUTZORGANE28
DRUCK AUF UNTERNEHMER33
XENOPHOBIE37
DISKRIMINIERUNG NACH SPRACHPRINZIP40
MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT43

Redaktionskollegium des Bulletins

- **Leonid KRAWTSCHUK** – ehemaliger Präsident der Ukraine (1991-1994), Abgeordneter der Werchowyna Rada der Ukraine, Politbüromitglied der (SDPU(V)), Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der (SDPU(V)). Absolvent der Staatlichen Universität zu Kiew, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Träger des Ordens „König Jaroslaw der Weise“ 5. und 4. Klasse.
- **Oleksander TSARENKO** – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Volksdeputierte der Ukraine.
- **Valentyna VORONKOVA** – Doktor der philosophischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Management der Organisationen bei der Staatlichen Ingenieurakademie in Saporoschje, Akademikerin der Ukrainischen Akademie für politische Wissenschaften, Akademikerin der Internationalen Akademie der Wissenschaften der Hochschule (Moskau).
- **Mykhaylo SHUTOV** – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor der Donetsker Staatlichen Medizinuniversität von Maksym Gorky, Verdienter Arzt der Ukraine.
- **Oleksiy FEDYAKIN** – Doktor der technischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Informationstechnologien bei der Ukrainischen staatlichen chemisch-technologischen Universität (Dnepropetrowsk).

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

Ausführlichere Informationen über die politischen Repressalien in der Ukraine können Sie auf der Webseite „POLITERROR. Anthologie der politischen Repressalien. Menschenrechtverletzungen in der Ukraine“ (polit-terror.info) finden. Die Webseite beobachtet die ukrainischen Massenmedien, die über grenzenlose Willkürakte der ukrainischen Macht berichten. Sie wird täglich aktualisiert. Auf der Webseite sind ebenfalls die elektronischen Versionen der vorigen Ausgaben dieses Bulletins in Russisch, Englisch und Deutsch vorhanden. Auf den Webseiten „Ohne Zensur“ (bezczury.info), „Neue Macht“ (novavlada.info), „Patriot. Eine Bibliothek des Antiglobalisten“ (patriot-ua.info) finden Sie kritische Publikationen über Probleme der ukrainischen Innen- und Außenpolitik während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos.

POLITISCHE VERFOLGUNGEN

Der erste Präsident der Ukraine: das autoritäre Staatsregime verfestige sich



Leonid Krawtschuk

■ Während des Runden Tisches, auf dem Wiktor Juschtschenkos Initiativen zur Erhöhung der Wahlbarriere auf den Parlamentswahlen 2006 diskutiert wurden, stellte der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk fest: „Leider entwickelt sich der rechtliche und verfassungsmäßige Nihilismus der Macht zur Hauptlinie in ihrem Verhalten“.

Der ukrainische Politiker sei überzeugt, dass mit der Erhöhung der Sperrklausel eindeutig gegen die demokratischen Rechte

der ukrainischen Bürger vorgegangen wird, teilt dazu die Internetausgabe des „Polit-Terrors“ mit. Er sei sicher, auf derartige Weise werde ihr Recht eingeschränkt, Vertreter ihrer Interessen ins oberste Gesetzgebungsorgan des Landes zu delegieren. Denn die heute gültige 3-prozentige Barriere erlaube es vor allem vielen kleineren Parteien, die über ihr eigenes Wahlvolk verfügen, ins Parlament zu kommen.

Nach Meinung Leonid Krawtschuks bestehe der Sinn Wiktor Juschtschenkos Absicht nicht in der Strukturierung des Parlaments, sondern in der Bestrebung, die ganze Macht in seinen Händen zusammenzufassen, um „in der Ukraine ein autoritäres Regime installieren zu können“.

Ex-Premierministerin, Ex-Chef des Sicherheitsdienstes und Parlamentsvorsitzender geben zu: die Macht setze die Rechtsschutzorgane als Instrument politischen Drucks ein

■ Am 9. September teilte die ehemalige Premierministerin der Ukraine, Julia Timoschenko, in einer Live-Sendung des Fernsehkanals „Inter“ mit, sie werde auf Anregung Wiktor Juschtschenkos auf kriminellähnlich von Rechtsschutzorganen verfolgt. Sie gab u.a. an:

„Als wir an die Macht kamen... befahl der Präsident gewissen Chefs der Kraftstrukturen, die strafrechtlichen Anklagen gegen mich nicht abzuschließen (sie waren von der alten Macht eingeleitet worden. - die Red.). Das Problem sei aufrechtzuerhalten“.



Julia Timoschenko

ten, bis die Wahllisten (für die Parlamentswahlen 2006. – die Red.) aufgestellt sind und etc.“ Tymoschenko wies auf den Innenminister Juri Luzenko hin als einen der Auftragnehmer. Dazu sagte sie: „Ich weiß, dass seit gestern ganze Programme der geplanten Repressionen gegen mich ausgearbeitet werden“.

Der ehemalige Chef des Sicherheitsdienstes Alexander Turtschinow erklärte ebenfalls, ihm seien Drohungen seitens des ersten Assistenten des Präsidenten, Alexander Tretjakow, eingegangen:

„Von Tretjakow ist eine Mitteilung eingegangen, dass eine bestimmte Person, gegen die vom Sicherheitsdienst strafrechtlich ermittelt wird, im Tauschhandel gegen die Verfahrensschließung Aussagen treffen würde, dass ein Sicherheitsoffizier im Auftrage Turtschinows Erpressungen und Bedrohungen betrieben hätte, und gegen mich persönlich ein strafrechtliches Verfahren eröffnet würde“.

Auf ähnliche Weise sei auch Julia Timoschenko bedroht worden, sagte Turtschinow weiter: „Sollte sie nicht aufhören,



Wladimir Litwin

kämen ihr die 40 Tage, die sie bereits in der Einzelzelle verbracht hat, wie ein Paradies vor“.

Dadurch gaben Julia Timoschenko und Alexander Turtschinow zu, - nach der jetzigen politischen Opposition, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten), und dem Parlamentsvorsitzenden Wladimir Litwin, - dass die höchsten Repräsentanten der staatlichen Macht die Rechtsschutzorgane als Werkzeuge politischer Repressalien einsetzen.

Zuvor hatte Wladimir Litwin im ersten nationalen Fernsehkanal erklärt: „Heute geht die totalitäre staatliche Maschinerie gegen die Personen, gegen die politischen Kräfte, gegen die Fraktionen vor, die auf der Wahl verloren haben. Das ist eine Tatsache, die festgestellt werden muss“.

* Vor vier Jahren wurde gegen Julia Timoschenko ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet, weshalb sie einige Wochen lang in der Isolierhaft verbringen musste

Leiter der parlamentarischen Sonderuntersuchungskommission zur Einhaltung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der ukrainischen Bürger ruft zur Einstellung politischer Repressalien auf

Wie die Zeitung „Kiewskije wedomosti“ mitteilt, habe Wiktor Musijaka erklärt, dass „einige Aktionen der neuen Macht als Verfolgungen der Opponenten aus politischen Motiven“ eingestuft werden können.

Nach seiner Aussage vor Journalisten, seien der Kommission dutzende von Beschwerden der Menschen eingegangen, die während der Präsidentenwahlen Wiktor Janukowitsch unterstützt haben und jetzt dem Druck des Siegerlagers ausgesetzt werden. In den meisten Fällen geht es um niedriggestellte Beamte und Mitarbeiter der Bildungssphäre, die beflissen, wie es in unserem Land üblich ist, alle Anordnungen von oben erfüllt haben. Jetzt werden ausgerechnet sie zu „Sündenböcken“ deklariert, während die wirklichen Organisatoren der Fälschungen straflos bleiben. Darüber hinaus würden die Leiter der Rechtsschutzorgane angewiesen, noch mehr strafrechtliche Verfahren wegen gefälschter Abstimmungsergebnisse auf den Präsidentenwahlen einzuleiten, so Musijaka.

Konkretere Angaben über die Repressalien versprach der Volksabgeordnete für den kommenden Oktober, wenn der Kommissionsbericht von der Parlamentstribüne vorzutragen sei. „Die Verfolger sollten auch ihre eigene Verantwortung für die Menschenrechtverletzungen im Augen behalten, sie müssen aufhören“, sagte der Leiter der parlamentarischen Untersuchungskommission.

Die meisten Beschwerden, die der Kom-

mission Wiktor Musijakas zugeleitet werden, betreffen gerichtliche Methoden und Urteile. Nach der Analyse dieser Dokumente kamen die Kommissionsmitglieder zum Schluss, dass die Richter in vielen Fällen nicht nur über keine ausreichende berufliche Ausbildung verfügen, sondern sie missachten auch die Normen der Strafgesetzzordnung. Besonders oft beschwerten sich über ihre Richter die Bürger in Kiew, Charkow, Dnepropetrowsk, Odessa, Donezk und auf der Krim.

Innenminister hat eine „Vergeltungsetappe“ vor und plant „Volkstribunale“

■ Nachdem Wiktor Juschtschenko in seiner Ansprache an die Nation aufgerufen hatte, ein für allemal mit Verbrechen und Korruption Schluss zu machen, erklärte der Innenminister Juri Luzenko wie folgt: „Nach dem Unabhängigkeitstag und der Bekanntgabe der neuen



Juri Luzenko

Initiativen des Präsidenten wird die Polizei auf die neue Etappe ihrer Tätigkeit bereit sein – die Etappe der Vergeltung“.

Nach Mitteilung der Zeitung „Iswestija“ versprach Luzenko die Aufstellung der Volkstribunale, die gegen „Volksfeinde“, die Sympathisanten des früheren Präsidenten Leonid Kutschma, vorgehen würden. Denn es wäre nicht möglich, Gerichtsprozesse auf eine andere, gesetzliche Weise zu führen. Die „schwarze Liste“ des Ministers umfasst heute über 100 Namen, darunter der Volksabgeordneten, die über Immunität verfügen.

Zu diesem Zweck hat Luzenko ein „Umgehungsmanöver“ erfunden: „Alle Verdächtigten werden der Gesellschaft benannt, damit in der Ukraine zum erstenmal ein Volksgericht stattfinden kann. Die Menschen werden selbst entscheiden, wem unter der Kuppel der Werchowynaja Rada Immunität zu gewähren wäre und wer in der Zuständigkeit der Rechtsschutzorgane bleiben sollte“.

Am Tag der Freilassung des Oppositionellen nach Gerichtsurteil erhob die Staatsanwaltschaft neue Anklagen gegen ihn

■ **Am 9. September lehnte der Richter des Sakarpatskij Berufungshofes den Antrag der Staatsanwaltschaft über die Haftverlängerung für den Ex-Gouverneur der Karpatoukraine Iwan Risak ab.**

Demzufolge sollte Iwan Risak am 12. September freigelassen werden, am Tag, an dem nach Entscheidung des Appellationsgerichts seine Haft auszulaufen ist.

Um 09.00 früh versammelten sich Iwan

Risaks Parteifreunde, Journalisten der regionalen und zentralen Massenmedien vor dem Isolierhaftgebäude in Ushgorod. In der Regionalstadt waren ebenfalls die Volksabgeordneten der Ukraine N. Schufritsch, M. Dobkin, I. Schurma, W. Sajez und T. Proschkuratowa angekommen. Sie mussten aber den ganzen Tag auf die Unterzeichnung des Freilassungsbeschlusses warten, die vom Untersuchungsrichter der regionalen Staatsanwaltschaft M. Dantscha getätigt werden sollte.

M. Dantscha erschien erst gegen 17.00 Uhr in die Isolierhaft. Wie anschließend die Rechtsanwälte W. Moku und I. Pich mitteilten, sei Iwan Risak in der Isolierhaft zunächst der Beschluss über die Abänderung seiner Haft in die schriftliche Verpflichtung des Ausreiseverbots verlesen worden. Dann gab der Untersuchungsrichter M. Dantscha eine neue Anklage gegen den Ex-Gouverneur bekannt und verlas einen weiteren Beschluss, über seine erneute Festnahme. Diesmal wurde Herr Risak der Anzettelung zu massenhaften Unruhen in der Stadt Swaljaw, Sakarpatskaja Region, im vergangenen November beschuldigt.

Die Mitstreiter Iwan Risaks, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (Vereinigten)* ist, sind überzeugt, dass alle strafrechtlichen Verfahren gegen ihn nur eine politische Abrechnung darstellen und keine der Anklagen eine Chance hat.

Der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk stellte dazu fest:

„Dass Iwan Risak hinter Gitter geworfen wurde, ist im direkten Auftrag der präsidialen Administration geschehen. Anfangs wurde er beschuldigt, einen Universitätsrektor in den Selbstmord getrieben zu haben. Die Macht schaffte es aber nicht, seine

* Die SDPU(V) befindet sich in der Opposition zur jetzigen Macht

Schuld zu beweisen, und erhob eine neue Anklage. Wieder wurde nichts Kriminelles entdeckt. Am 9. September traf das Gericht die Entscheidung, Iwan Risak gegen Kautionsfreizulassung. Wieder begab sich die Macht auf Suche nach weiteren Anschuldigungen und entdeckte die Anklagen, die die Generalstaatsanwaltschaft bereits im August ausgesetzt hatte. Das ist beispielhaft dafür, wie im Auftrag des Präsidenten Gesetze missachtet und gerichtliche Entscheidungen getroffen werden“.

Der Vorsitzende der SDPU(V) Wiktor Medwedtschuk erklärte:

„Durch die neue Festnahme Iwan Risaks demonstrierte die Macht ein weiteres Mal ihre Angst, aus dem Anklagenden zum Angeklagten zu wechseln. Es wurde eine Farce abgespielt, als der Untersuchungsrichter der Staatsanwaltschaft zuerst einen Beschluss über Freilassung vorliest und im gleichen Atemzug in derselben Zelle eine neue Anklage und Festnahme bekannt gibt. Indem die Macht noch absurdere Anschuldigungen gegen den Führer der karpatoukrainischen Sozialdemokraten erhebt, belegt sie nur totale Schwäche. Je schneller orangene Schuppen von den Augen der Menschen fallen, die auf dem Maidan die heutigen Machthabenden unterstützt haben, desto frecher und zynischer gehen die Personen vor, die einst Vertrauen dieser Menschen genossen haben. Ich bin überzeugt, dass alle verantwortlich werden, die heute unter dem Motto der Rechtsstaatlichkeit und Moral ihr ungesetzliches Wesen und Willkür treiben. Gerechtigkeit und Recht werden triumphieren, den Kampf dafür halten die vereinigten Sozialdemokraten der Ukraine für ihre wichtigste Aufgabe“.

Volksabgeordneter Michail Dobkin: die regionale Macht in Person des Gouverneurs Baloga und der Staatsanwaltschaft würde alles unternehmen, damit Risak hinter



Iwan Risak

Gittern sitzt:

„In der Karpatoukraine gelten weder Verfassung noch Recht. Die Macht rechnet mit einem starken politischen Opponenten ab und unternimmt alle Anstrengungen, damit Risak auch weiterhin in der Haft bleibt“.

Volksabgeordneter Igor Schurma stellte dazu fest:

„Die Macht beabsichtigt, Risak bis zur Wahl im Gefängnis zu halten. Um ihren Anhängern möglich zu machen, die Sozialdemokraten zu besudeln und zu behaupten, Mitglieder dieser Partei säßen ausschließlich im Gefängnis“.

Nachdem die Volksabgeordneten, die der SDPU(V) angehören, sich am 13. September entschlossen hatten, die Parlamentstribüne zu blockieren, bis die Willkür gegen ihren Mitstreiter eingestellt ist, und nachdem mehrere Volksabgeordnete in den Hungerstreik getreten waren, indem sie gegen die ungesetzliche Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft protestierten, wurde Iwan Risak gegen Kautionsfreigelassen. Während das vorliegende Bulletin noch vorbereitet wurde, befand sich Iwan Risak im Kiewer Krankenhaus „Boris“.

Drei Wochen vor diesen Ereignissen erklärte der Rechtsanwalt von Iwan Risak, Wasilij Moku, in einem Interview der Zeitung „Palanok“: die Richter würden genötigt, das absurde Verfahren gegen seinen Mandanten fortzuführen:

„Die Rechtschutz-, oder genauer gesagt: Repressivorgane, sind in unserer Gesellschaft wie auch damals, in der sowjetischen Zeit, berechtigt, Informationen über laufende strafrechtliche Verfahren nach ihrem Ermessen publik zu machen. Im Gegenteil sind diesbezügliche Möglichkeiten des Rechtsanwalts immer eingeschränkt. Ich möchte darauf nicht ausführlicher eingehen, denn ich könnte morgen beschuldigt werden, und man würde gegen mich alles unternehmen, damit ich vom Prozess ausgeschlossen werde.“

Neben den strafrechtlichen Artikeln, nach denen gegen Risak bereits Anklagen eingeleitet sind, unternahm die Staatsanwaltschaft alles Mögliche, um ihn mit der Verprügelung der Jugendlichen in Swaljaw; Sakarpatskaja Region, in Verbindung zu bringen. Man behauptet, er wäre Organisator gewesen, was nach meiner Überzeugung der Realität einfach nicht entsprechen kann.

Wie ich feststellen kann, wurde die Anklage erhoben und wird es darin ermittelt nach den „besten Standards“ des sowjetischen Systems, nach dem Prinzip: „Es kommt auf einen Menschen an, ein Artikel für ihn lässt sich immer finden“. Zunächst kam man über den Artikel überein, als hätte er Rektor Slivka in den Selbstmord getrieben. Mann begann auch mit der Realisierung. Doch in der Staatsanwaltschaft arbeiten kluge Menschen, die begreifen, dass die Anklage erfunden und stichhaltlos ist. Nicht wenige Juristen und Richter bezeichnen in Privatgesprächen diese Sache nicht anders als absurd. Dabei zeigen sie mit dem Finger nach oben und sagen, sie würden dazu genötigt.

Die Personen, die gegen Risak „rechts“ vorgehen, haben in jedem Falle ihre Treue zu beweisen. Und sie riskieren es nicht, die Anklage nur einem einzigen Artikels zu überlassen. Ihre Aufgabe besteht darin, möglichst viele Artikel heranzuziehen, damit in der Gerichtsverhandlung wenigstens eine Anklage bewiesen würde. Dann könnten sie erleichtert aufatmen, weil sie von keinem zur Verantwortung gezogen werden.

Ich betone immer wieder: wie leben nach wie vor mit der Strafgesetzbuchordnung, die in einem durch und durch totalen Land, wie die UdSSR, entwickelt wurde. Leider gehört der „Archipel Gulag“ des russischen Schriftstellers Alexander Solshenizyn nicht zur Pflichtlektüre in unseren Schulen; doch das darin beschriebene System ist in einem bedeutenden Maße unverändert geblieben. Die Mitarbeiter unserer Rechtschutzorgane, die Richter können zur Verantwortung gezogen werden, sollten sie einen Bürger freigesprochen haben. Das wollen sie garantiert vermeiden und setzen alles daran, die Beteiligung wenigstens an einem der, nehmen wir an, 20 inkriminierten Verbrechen zu beweisen.

Es kommt ihnen auf ein Anklageurteil an - koste, was es wolle. Dieses System wurde im vollen Umfang gegen Risak eingesetzt, deshalb werden die Anklagen nur „überbaut“ werden.

Die Grundlage aller Anschuldigungen bilden die Zeugenaussagen natürlicher Personen. Um sie zu erhalten, greift man zur „Zucker und Peitsche“-Taktik, um die Menschen, - sie alle sind keinesfalls sauber, haben Probleme oder müssten sie wegen Gesetzesverletzungen haben, willig zu machen und sie in Tauschgeschäften zu gewünschten Aussagen zu zwingen. Um ihre eigene Haut zu retten, sind diese Menschen bereit, Risak zu einem Monster aufzubauschen.

Nach meiner Überzeugung geht es darum, ihn leiden, leiden und nochmals lei-

den zu lassen. Das Recht steht auf alle Fälle abseits: an Risak wird für seine Aktionen auf dem Gouverneursposten gerächt.

Ewgenij Kuschnarew, Führer der Oppositionspartei „Neue Demokratie“, berichtet über seine Festnahme und Behördenwillkür:

■ **„Am 6. Juli, eine Woche nach der angestellten Ermittlung in dem sogenannten Separatismus, wurde mir mitgeteilt, die Sache sei ermittelt worden und wir hätten die Ermittlungsunterlagen kennen zu lernen, bevor sie dem Gericht zugeleitet werden. In meinen Augen war das nicht nur eine Überraschung, sondern eine offenkundige Missachtung des Gesetzes. Ich habe nicht einmal ahnen können, dass die Ermittlung binnen einer Woche abgeschlossen werden könnte..“.**

Zur Kenntnis: Die Anklage wegen Separatismus aufgrund des Kongresses in Sewerodonezk, Luganskaja Region, und der Versammlungen der Regionalräte in Donezk, Lugansk und Charkow erhoben. Vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen fanden praktisch in allen größeren Städten der Ukraine, beides in Ost und West, Kongresse der politischen und gesellschaftlichen Kräfte statt. Der Kongress in Sewerodonezk traf keinerlei Beschlüsse, die mit Abspaltung der Regionen bzw. Ungehorsam gegen die Macht zusammenhängen könnten. Ewgenij Kuschnarew ist überzeugt, keine absichtlichen oder ungewollten Aktionen getätigt zu haben, die die territoriale Integrität der Ukraine bedro-



Ewgenij Kuschnarew

hen könnten. Die beweisführende Basis der Anklage ging von einer absolut willkürlichen Auslegung von einzelnen Phrasen aus, die aus dem inhaltlichen Zusammenhang seiner Auftritte losgerissen wurden. Mach Meinung Herrn Kuschnarews wurden die verfassungsmäßigen Normen von denen Personen verletzt, die den orangenen Umsturz leiteten: „Erst eine Woche nach diesen Orgien kam es zu gewissen gegenteiligen Aktionen im Osten der Ukraine. Bei uns ist es aber so: die einen kriegen für ihre Handlungen ungesetzlicher Willkür und Grenzenlosigkeit Auszeichnungen und werden als Helden der Revolution betitelt, während die anderen für ähnliche oder sogar harmlosere Aktionen verfolgt und angeklagt werden.“

„... Gerade dann kam es zum ersten Herzanfall, nach dem ich ernsthaft behandelt werden musste. Man untersuchte mich und schrieb eine Therapie vor. In der Annahme, dass ich eine zweiwöchige Kur in der spezialisierten Fürsorgestelle bei Charkow mache und bis September fertig

bin, um mit der Ermittlung zusammen zu arbeiten. Doch die Staatsanwaltschaft ließ sich offensichtlich durch andere Überlegungen leiten.

Am 15. August wurde die Klinik, wo ich untergebracht worden war, - das 1. Städtische Krankenhaus Charkows, - von Mitarbeitern der regionalen Verwaltung für die Bekämpfung des Organisierten Verbrechens faktisch belagert. Fast auf jedem Stockwerk standen Personen in Zivil, sie hielten ebenfalls an meinem Krankenzimmer Wache.

Das Konsilium kam zum Schluss, dass ich in solchem Zustand nicht entlassen werden durfte und noch mindesten eine Woche lang stationär behandelt werden müsste.

Doch der Untersuchung wurde damit allem Anschein nicht gedient. Zwar riskierte man es nicht, mich aus dem Krankenhaus zu holen, und übermittelte eine verbale aber nachdrückliche Bitte des Ermittlungsrichters, wenigstens für einen Tag nach Kiew zu kommen und mit der Einsicht in die Sache anzufangen. Anderenfalls entstände der Eindruck, als beabsichtige ich, prozessrechtliche Regeln zu negieren.

Ich unterbrach die Behandlung und begab mich am 16. August nach Kiew, wo ich bereits am selben Abend den Untersuchungsrichter aufsuchte. Er tat es aber so, als wäre er über meine Ankunft überrascht. Das Gespräch verlief ruhig und, wie ich einschätzen möchte, wohlwollend. Der Ermittlungsrichter freute sich sogar, dass ich die Sache endlich kennen lernen kann. Wir verblieben so, dass wir mit meinem Anwalt am nächsten Morgen daran zu arbeiten anfangen. So taten wir auch. Um 10.00 Uhr früh kamen wir in die Generalstaatsanwaltschaft, wo man uns ein Arbeitszimmer zur Verfügung stellte. Vorläufig hatten wir aber abgestimmt, dass ich in zwei Tagen nach Charkow zurückkehren würde, um auf dem zweiten Konsilium anwesend zu sein.

Doch die Situation entwickelte sich weit erpikanterweise, weil der stellvertretende

Generalstaatsanwalt Herr Schokin bereits am 15. August, einen Tag vor meiner Abreise nach Kiew, den Haftbefehl unterschrieben hatte. In einer anderen Sache, wegen der U-Bahn, in der mit mir bis dato kein einziger Vertreter der Staatsanwaltschaft gesprochen hatte. Eine Stunde später, als wir die Anklageunterlagen in Separatismus studierten, wurden wir mit dem Rechtsanwalt zum Untersuchungsrichter vorgeladen, die mir über die neue Anklage und Festnahme mitteilte.

Zur Kenntnis: *Das strafrechtliche Verfahren in Sachen der U-Bahn wurde von der regionalen Hauptverwaltung des Innenministeriums in der Charkowskaja Region eingeleitet. Danach wird dmr Ex-Gouverneur das Dienstmissbrauch mit schwerwiegenden Folgen vorgeworfen. Die Sache wird von Herrn Kuschnarew wie folgt kommentiert: „Wie die Ermittlung meint, bestünde der Dienstmissbrauch meinerseits darin, dass ich angeblich entschieden hätte, den U-Bahn-Bau in Charkow mit Kreditressourcen zu finanzieren. Und gedeckt hätten wir diese Kredite, abermals nach meinem Willen, mit Haushaltsgeldern, indem wir nur für Prozente 8 Millionen Griwna gezahlt hätten. Doch alle Entscheidungen wurden tatsächlich auf der Versammlung des Regionalrats in Anwesenheit der Vertreter der Staatsanwaltschaft getroffen. Es liegen Gutachten vor, dass wir ohne Kredite die U-Bahn nicht nur zum 350-jährigen Jubiläum Charkows in Betrieb genommen, sondern auch die Bauarbeiten mindestens um zwei weitere Jahre hinausgezögert hätten. Im vergangenen Jahr wurden in Charkow zwei neue Stationen eröffnet“.*

„... Dazu erklärte ich, dass ich derartige Untersuchungsmethoden kategorisch ablehne und grundsätzlich mit solchen Aktionen der Generalstaatsanwaltschaft nicht einverstanden bin. In schriftlicher Form verlangte ich ebenfalls ein Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt, mit Schokin,

um die Situation zu klären. Natürlich wurde es mir verweigert.

Als es klar wurde, dass ich das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft nicht ohne Handschellen verlassen kann, verspürte ich die Willkür der Generalstaatsanwaltschaft. Ich kenne mich weder im Strafrecht noch in der Strafgesetzzordnung aus. Wie aber sollte ich das alles betrachten, wenn es sich herausstellte, dass gegen mich ein Strafverfahren eingeleitet worden war, ohne ein einziges Verhör durchgeführt und mich überhaupt über die Existenz der Anklage benachrichtigt zu haben?

Bis zu diesem Zeitpunkt demonstrierte ich in der Separatismussache meine volle Gesetzkonformität, entsprach allen Vorladungen regelmäßig. Darüber hinaus reiste ich in diesem Jahr mehrmals ins Ausland und kehrte jedes Mal zurück. Ich unternahm keine Versuche, die Ukraine illegal zu verlassen. Deshalb bestanden keine Gründe für meine Festnahme, womit man offensichtlich nur bezweckte, meine politischen Aktivitäten zu unterbinden.

Fast gleich danach erklärte ich aus Protest gegen die Festnahme den Hungerstreik. Anschließend wurde ich zur forensischen Untersuchung gebracht.

Diese Begutachtung wurde von mir unbekanntem Ärzten aus Kiew durchgeführt. Sie stellten den Blutdruck 190/110, eine hypertensive Krise und eine Reihe von anderen Momenten fest. Mir wurde nichts gesagt, doch nach dem Verhalten der Ärzte spürte ich ihre Besorgnis. Nach der Untersuchung hielt man mich anderthalb Stunden in einem Zimmer auf, was darauf hindeutete, dass es etwas bei der Staatsanwaltschaft nicht klappte. Wahrscheinlich machte der Untersuchungsrichter auf die Ärzte Druck, um von ihnen die Zustimmung mit meiner Unterbringung in der Isolierhaft zu erhalten. Allem Anschein nach erfolglos, weil ich danach in das zentrale Krankenhaus des Innenministeriums gebracht wurde.

Dort setzte die Behandlung an, so eine

intensive, welche ich zuvor nicht erlebt hatte! An einem einzigen Abend wurden mir vier Tropfprozeduren und sechs Spritzen verordnet sowie eine Handvoll Tabletten gereicht. Am nächsten Tag war der Druck bereits 150/100. Es schien, dass die Ärzte eine gewisse Kur vorhatten, doch eine Weile später verschwanden sie alle irgendwohin, und ich wurde sozusagen zum Ausgang gebracht.

Am frühen Morgen des 1. August wurde ich in die Isolierhaft eingeliefert.

Es hatte keinen Sinn, auf Ebene der Argumente und Rechtsnormen zu diskutieren. Die Staatsanwaltschaft trat als Werkzeug des politischen Kampfes auf. Man stellte ihr die Aufgabe, die um jeden Preis zu erfüllen war. Meine viel zu intensive Behandlung im Krankenhaus bestätigte das. Die Anzahl der Medikamente, die mit einem Schlag in den Körper eingeführt waren, bestätigt die Bestrebung, koste was es wolle, äußerlich „positive“ Merkmale zu erhalten. Sie sollten erlauben, mich ohne deutliches Risiko und offensichtliche Verletzungen in die Isolierhaft zu stecken. Ich ersuchte die Staatsanwaltschaft um die Teilnahme meines behandelnden Arztes an der forensischen Begutachtung und der weiteren Behandlung – die Bitte wurde abgelehnt.

Die Untersuchung bestand auf meiner Unterbringung in einer geschlossenen Abteilung im städtischen Krankenhaus der Schnellen Hilfe, mit anderen Worten, im Gefängnis-Krankenhaus. Dort musste ich fast eine ganze Woche lang verbringen.

Die Bedingungen waren dort einfach schrecklich. Ich kann mich nur bei den zuständigen Personen dafür bedanken, dass man mich nicht auf einem Zimmer mit Kriminellen unterbrachte, die dort an die Betten angekettet werden. Sie verwiesen mich in den Korridor der Wache.

Diese Anstalt stellt einen entlegenen Korridor des Krankenhauses dar, der von der Außenwelt durch mächtige Stahltüren abgeriegelt ist. An mir vorbei defilierten

laufend Menschen in Handschellen. Etwa 8 oder 10 Meter von meinem Bett entfernt wurden Untersuchungsmaßnahmen durchgeführt, und dies alles rund um die Uhr, bei grellem Licht. Einschlafen konnte ich erst zwischen 03.00 und 06.00 Uhr früh.

Neben der vorschrittmäßigen Wache, vier Polizisten des Schutzregiments, befanden sich noch weitere vier Soldaten der Sondereinheit „Sokol“ unaufhörlich in meiner Nähe, -in kugelsicheren Westen, Tarnuniform und mit Maschinenpistolen vom Typ „Stetschkin“ bewaffnet. Auf der einen Seite, war das Bild düster, doch auf der anderen, beinahe karikaturistisch. Ich kann kaum die Beine schleppen, laufe aufs Klo, indem ich mich an die Wand halte, während diese riesigen und auf bewaffnete Banditen durchtrainierten Burschen mich begleiten.

Ich kann es nur so auffassen, dass man mich im wesentlichen psychologisch erledigen wollte. Man wollte zeigen, dass ich mich in einer aussichtslosen Situation befinde und an die Kontakte mit der Außenwelt nicht einmal denken darf. Man beobachtete dort nicht nur jeden Schritt meinerseits, sondern jede Bewegung.

Am Nachmittag des 25. August kam in Begleitung meines Rechtsanwalts der Untersuchungsrichter und erklärte, ich dürfe nach Hause zurückkehren, denn die Vorbeugungsmaßnahme sei abgeändert worden. Eine halbe Stunde später kamen meine Nächsten, die mir beim Verlassen halfen: ich konnte mich wirklich nur mühsam bewegen, weil der neunte Tag des Hungerstreiks zu Ende ging.

Derzeit bin ich im wesentlichen mit körperlicher und psychologischer Rehabilitation beschäftigt, um wieder den normalen Zustand zu erreichen.

Die Macht wird mich zweifelsohne nicht in Ruhe lassen und mit Hilfe der Rechtsschutzorgane versuchen, mindestens zwei eventuelle Varianten zu realisieren. Ihr maximales Programm zielt auf die Bestrebung ab, meine Schuld wenigstens nach ein-

er der Anklagen in der Gerichtsverhandlung zu beweisen und ein Gerichtsurteil herbeizuführen. Natürlich ist es für die Macht die wünschenswerte Variante, weil ich in diesem Fall nicht an den Wahlen in die Werchowynaja Rada teilnehmen dürfte.

Als Minimalprogramm möchte man durch Untersuchungsmaßnahmen meine politischen Aktivitäten so weit einschränken, wie es nur geht, sowie mich, meine Nächsten und Mitstreiter durch psychologischen Druck demoralisieren. Das letzte Szenario wird eigentlich bereits seit 8 Monaten verwirklicht. In den vier Jahren meiner Amtszeit hatte ich mehrere tausend, wenn nicht dutzende tausend Dokumente unterschrieben. Etwas herauszufischen und einen formellen Vorwand für das strafrechtliche Verfahren zu finden, fällt in dieser Zeit gar nicht schwer. Obwohl natürlich solche Sachen absolut keine Aussichten haben, steht die Frage des öfteren wirklich so: es kommt auf das Verfahren an, und eine Mensch kann man immer „anhängen“, um ihn durch Verhöre und Gegenüberstellungen zu demütigen. Genau so werden jetzt politische Opponenten diskreditiert.

In seinem Kommentar zur Festnahme Kuschnarews bezeichnete der Parlamentsvorsitzende Wladimir Litwin die Haftbefehle gegen Personen, die eine bedeutsame Rolle auf regionaler bzw. staatlicher Ebene spielten, als „Systemdummheit“:

„Wenn gewünscht, könnte man, wenn schon nicht die ganze, wenigstens die halbe Ukraine verhaften“.

Der Vorsitzende der Partei der Regionen Wiktor Janukowitsch erklärte:

„Die Festnahme Ewgenij Kuschnarews bestätigt ein weiteres Mal, dass die Generalstaatsanwaltschaft vor nichts scheut, um den Auftrag der Macht zu erfüllen. Von Anfang an was es klar, dass die Sache über den Separatismus keine gerichtlichen Per-

spektiven hatte, deshalb gebrauchte die Generalstaatsanwaltschaft die Abrechnung mit dem oppositionellen Politiker, um ihr „Gesicht zu wahren“. Zu diesem Zweck wurde Ewgenij Kuschnarew nach der Ermittlungsversion ebenfalls der Inbetriebnahme der zwei U-Bahn-Stationen in Charkow bezichtigt. Ausgerechnet dieses „Verbrechen“ erwies sich so „schwerwiegend“, dass er festgenommen werden sollte. Ich bin sicher, dass es in der Ukraine keine Rede von Gesetzeshoheit und Demokratie sein kann, bis sich die Rechtsschutzorgane im wesentlichen der Hexenjagd hingeben und von der Bestrebung leiten lassen, den Wünschen „von oben“ zu entsprechen.

Dmitrij Tabatschnik, früherer Vize-Premierminister und habilitierter Doktor der Geschichte, berichtet über die Umstände der gegen ihn eingeleiteten Anklage und behauptet über politische Abrechnung:

■ „Das Zivilgesetzbuch der Ukraine untersagt jeglichen Untersuchungsorganen, einschließlich der Generalstaatsanwaltschaft, kategorisch, den Namen des Verdächtigen bzw. Angeklagten ohne seine Zustimmung durch die Massenmedien verbreiten zu lassen. Erlaubt sind nur die ersten Buchstaben des Namens. Deshalb stellen diese ganzen Bacchanalien, wenn Informationen durch alle Fernsehkanäle und



Dmitrij Tabatschnik

Nachrichtenagenturen wie Kriegsberichte verbreitet werden, eine grobe Verletzung der Gesetze dar.

Gegen das Recht verstoßen die Staatsanwaltschaft und Polizei, persönlich der Innenminister der Ukraine Juri Luzenko, das Gesetz verletzen auch andere „Kraftminister“; indem sie durch Massenmedien öffentlich über Vorladungen, Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen alle Personen, einschließlich Beamter, Volksabgeordneter und Rechtsanwälte, mitteilen. Diese Art und Weise ist durch den Artikel 296 des Zivilgesetzbuchs der Ukraine eindeutig untersagt.

Zwar erfuhr ich persönlich über meine Probleme nicht aus den Massenmedien, sondern durch eine gewöhnliche Vorladung der Generalstaatsanwaltschaft. Obgleich sie unter schwerster Missachtung des Gesetzes erstellt war. In der Vorladung hat der Untersuchungsrichter bzw. ein anderer Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft anzugeben,

in welcher Eigenschaft die Person in die Staatsanwaltschaft vorgeladen wird: als Zeuge, Verdächtiger oder Angeklagter. Unsere Generalstaatsanwaltschaft hat aber ein besonderes Vorladungsformular „erfunden“, mit dem sie diese elementare gesetzliche Forderung ignoriert. Sie schreibt simpel: „Sie werden von X vorgeladen“. Worin der Sinn dieses bewussten Nihilismus gegenüber der Strafgesetzzordnung liegt, kann ich mir nur schwerlich vorstellen. Doch meine ich, in der Bestrebung mit unterschiedlichen Sachen zu manipulieren, einzuschüchtern, auf Menschen Druck zu machen, was sich in den Fällen Ewgenij Kuschnarew* und Boris Kolesnikow** besonders krass offenbarte. Sie erhielten auch ähnliche Vorladungen, die über die Eigenschaft der vorgeladenen Person nichts aussagten. Einerseits erlaubt diese Art und Weise mit Unterlagen zu manipulieren, und andererseits macht sie möglich, jeden Verdächtigten im Tonus zu halten.

* Über Ewgenij Kuschnarew bitte auf Seite 11 weiterlesen.

** Der ehemalige Vorsitzende des Donezkij Regionalrates Boris Kolesnikow, der einige Monate lang hinter Gittern verbracht hatte, war am 2. August freigelassen. Das Appellationsgericht entließ Boris Kolesnikow in die Freiheit, weil die Generalstaatsanwaltschaft - sie bestand auf der Haftverlängerung bis Januar 2006 - keine stichhaltige Begründung für sein weiteres Verbleiben unter Haftbedingungen lieferte. Der Führer der Partei der Regionen Wiktor Janukowitsch bezeichnete die Entscheidung des Appellationsgerichts als absolut logisch, doch zu verspätet: „Vier Monate lang lief unter Missachtung aller Gesetz- und Rechtsnormen sowie der Verfassung eine beispiellose rechtliche Verfolgung Kolesnikows in einer handfest und grob fabrizierten Sache. Die Absurdität der gegen ihn erhobenen Anklagen, seine rechtswidrige Festnahme und die lange, durch nichts begründete Haft sind heute für die breite Öffentlichkeit der Ukraine, Politiker und die Menschen unverkennbar, die sich fern der Politik halten. Das wird selbst in der Generalstaatsanwaltschaft zugegeben, wo die sogenannte „Sache Kolesnikows“ bereits dem vierten Ermittlungsrichter übergeben wurde.“

Gegen mich und den ehemaligen Minister des Ministerkabinetts der Ukraine Anatolij Tolstouchow*** wurde die gleiche Anklage laut Artikel 365, Teil 1, des Strafgesetzbuches der Ukraine eingeleitet, das heißt wegen Dienstmissbrauch...“.

Zur Kenntnis: *Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft werden diese ehemaligen hochgestellten Beamten strafrechtlich deshalb verfolgt, weil sie sich am 25. November 2004 unter vermeintlichem Missbrauch ihrer Dienstkompetenzen in die Tätigkeit der Redaktion der Zeitung „Urjadowij kurier“ eingemischt hätten. Die Generalstaatsanwaltschaft behauptet, sie hätten die Zeitungsausgabe vom 26. November 2004 ungesetzlich für den Druck unterschrieben. Auf der ersten Seite wurde der Beschluss der Zentralen Wahlkommission vom 24. November 2004 über die Abstimmungsergebnisse der Präsidentenwahl veröffentlicht, deren offizielle Publikation vom Obersten Gerichtshof untersagt worden war. Laut diesem Beschluss wurde Wiktor Janukowitsch zum Sieger der Präsidentenwahl erklärt.*

„...Uns wird eine nicht realisierte Absicht inkriminiert, eine Meinung, die wir zum Ausdruck brachten. Wir mit Anatolij Tolstouchow werden beschuldigt, dass nach unserer Auffassung die Ausgabe der „Urjadowij kurier“ vom 26. November 2004 in den Druck gehen sollte.

Unsere Handlungen, wie auch alle meine Aktivitäten in den 16 Jahren im staatlichen Dienst, widersprachen nicht, widersprechen nicht und, hoffe ich, werden der ukrainischen Gesetzgebung niemals wider-

*** Ex-Minister, Philosoph und Geschichtswissenschaftler Anatolij Tolstouchow erklärte: „Ich bin auf die Vorladung in die Staatsanwaltschaft gefasst, nach der ich sie auch nicht verlassen würde. Ich weiß, dass daran augenblicklich von diesbezüglichen Behörden gearbeitet wird, hinter denen der Präsident persönlich steht.“

sprechen. Ausgerechnet deshalb, weil zum Augenblick, in dem wir dem Chefredakteur der Zeitung „Urjadowij kurier“ Michail Soroka unsere Meinung über fehlende rechtliche Hindernisse für die Zeitungsausgabe am 26. November 2004 mitteilten, in die Redaktion weder der Brief der Zentralen Wahlkommission über die Abrufung ihres Beschlusses noch die Kopie der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 25. November eingegangen waren. Der Redaktion lag nur eine von unbekannter Adresse eingegangene Faxkopie der Pressemitteilung, die auch so hieß: „Pressemitteilung der Pressestelle des Obersten Gerichtshofes“. Als Untertitel stand es darauf: „Für Journalisten“. Für mich als Staatsbeamter kam es komisch vor, dass dieses Dokument keinen Stempel des Obersten Gerichtshofes trug und nicht einmal eine Registrierungsnummer hatte.

Weder ich, als ich staatliche Funktionen bekleidete, noch ein anderer Mensch mit gesundem Verstand kann Pressemitteilungen zur bedingungsloser Befolgung nehmen. Die Pressemitteilungen jeder Behörde waren und bleiben keine offiziellen Dokumente, die befolgungspflichtig sind. Darüber hinaus wissen wir, dass die Pressemitteilungen vieler Behörden anschließend von Pressstellen korrigiert und abgeändert werden, - zweifelsohne dürfen sie nicht als offizielle Dokumente aufgenommen werden. Von diesem Standpunkt handelte ich damals und bleibe bis jetzt der Meinung, dass eine Faxmitteilung, ohne Abzeichnung und Registrierungsnummer, kein Dokument darstellen darf, das eine Aktion verbietet oder erlaubt bzw. sie abererlaubt.

Auf der anderen Seite wird im Artikel 86 des Gesetzes der Ukraine „Über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ festgelegt, dass die Zentrale Wahlkommission innerhalb von drei Tagen nach der Feststellung der Wahlergebnisse sie in den Zeitungen „Golos Ukrainy“ und „Urjadowij kurier“

bekannt zu geben hat. Auf solche Weise muss die Zeitungsredaktion einfach im rechtlichen Rahmen handeln.

Am 24. November trifft die Zentrale Wahlkommission die Entscheidung über den Wahlabschluss. Am 25. November stellt sie unter offizieller Registrierung ihre zwei Beschlüsse den Zeitungen „Golos Ukrainy“ und „Urjadowij kurier“ zwecks Veröffentlichung zu, indem sie die bestehende Gesetzgebung befolgt. Die Beschlüsse mussten also veröffentlicht werden, auch deshalb, weil während der Vorbereitung der Ausgabe überhaupt keine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes existierte.

Zum Zeitpunkt meiner Anwesenheit in der Redaktion der Zeitung „Urjadowij kurier“ bestand keine einzige, - ich möchte betonen: keine einzige, - rechtliche Ausschließung für ihre Ausgabe. Es bestand kein offizielles Dokument, das die Zeitung oder ich befolgen mussten, indem wir den Druckprozess einstellten.

Trotzdem glaube ich nicht, dass die strafrechtliche Anklage aufgehoben wird. Wenn sie schon bei fehlender Straftat getätigt wurde, wer sollte die Frage nach Corpus delicti untersuchen, damit die Sache dem Gericht zugeleitet werden kann? Tatsächlich geht es um den Versuch, der Bevölkerung das erlogene Stereotyp aufzuzwingen, Tabatschnik und Tolstouchow wären Verbrecher. Damit versucht man auch, eine voreingenommene Einstellung der Richter durchzusetzen, - sie sind schließlich auch Menschen, - es ginge um ein Verbrechen, das Tabatschnik und Tolstouchow verübt hätten. Nach meiner tiefsten Überzeugung greift die Generalstaatsanwaltschaft immer zu dieser Methode, wenn in einer Sache nicht genügend Beweise vorhanden sind oder sie gar fehlen.

Es kommt auf die ungeheure Rachelust einer ungeheuren Menge von hochangestellten Vertretern der neuen Macht. Es kommt auf die totale Ignoranz

der Rechtsnormen. Es liegt klar, dass die neue Macht kein einziges ihrer Wahlversprechen eingehalten hat. Die Rechtshoheit ist jetzt in unserem Land eine leergedroschene Phrase. Die Beamtenwillkür steht über dem Gesetz, und die Bestrebung, der Obrigkeit genehm zu sein – über der Ehre und Anständigkeit.

Wenn das Staatsoberhaupt die Entlassung von über 20.000 Beamten und Angestellten, die der Verfassung der Ukraine und dem Gesetz über den staatlichen Dienst entgegen und ohne jegliche Begründungen gelaufen ist, zu seinen großen Taten zählt, wieso könnten auch andere Machtträger, die nicht so hoch stehen, am dem Präsidenten kein Beispiel nehmen. Übrigens sind sie darüber hinaus nicht durch die Funktion des Garanten der Verfassung belästigt. Der Präsident redet permanent über anstehende Säuberungen im Zoll, in den Kraftministerien, regionalen und Kreisadministrativen. Es lassen sich immer dienstwillige und nicht ganz kluge Auftragnehmer finden, also Menschen, die gerne solche Ideen weiter entwickeln und ad absurdum realisieren würden. Ich glaube, dass nicht alle Sowjetbürger, die 1937-1938 Schreckenstransparente wie: „Wir vernichten die Bande ausländischer Söldner!“ oder: „Die Agenten ausländischer Nachrichtendienste zerfleischen und ausradieren!“ trugen, bei weitem nicht lauter Abschäume der Gesellschaft waren. Offensichtlich ließen sie sich durch die Massenpsychose bewältigen bzw. durch den Wunsch leiten lassen, dem Führer aller Völker in allen Zeiten gefällig zu werden.

Wieso ist der Prozess aufschlussreich und m. E. spezifisch, in dem sich sinnlos und kontraproduktiv das Kulturministerium und das Kollektiv des Nationalen Akademischen Lesja-Ukrainka-Theaters* des russis-

chen Dramas gegenüber standen? Weil er sich im Bereich der Kultur ereignet! Innerhalb von acht Monaten liefert man sich unsinnige Schlachten, indem man versucht, trotz Gerichtsentscheidungen das Kollektiv des meistbesuchten Theaters in der Ukraine zu zerschlagen und zu vernichten. Anders als ein Verbrechen gegen unsere Mitbürger kann das nicht eingeschätzt werden. In den zehn letzten Saisons wurde das Theater von über 1.300.000 Zuschauern besucht. Die Ursache der Repressalien gegen das berühmte und ruhmreiche Theater liegt, glaube ich, in dem Versuch der neuen Macht mit Eisen und Blut eine entgegengesetzte Auffassung auszurotten und sich eine totale Zustimmung zu abzuschaffen. Darüber hinaus sollte diese musterhafte Abrechnung mit Andersdenkenden im Kulturbereich auch weitere andersdenkende, nicht-orangene* Vertreter der Kultur und Wissenschaft nötigen, ihre Köpfe tiefer einzuziehen, sowie über Versprechen und Lügen, über Deklarationen und Realitäten nicht zu überlegen und zu diskutieren.

Alle Deklarationen der neuen Macht in den letzten sechs Monaten sind in unserem Land nichts mehr als leere Phrasen, einschließlich Behauptungen von europäischer Wahl, Menschenrechten, Notwendigkeit einer Opposition, Achtung der Verfassung und des weiteren mehr.

Wenn man repressive Mittel einsetzt, um andersdenkende Zeitungen und andersdenkende Journalisten zum Schweigen zu bringen, so kann die nächste Etappe augenscheinlich in öffentliche Bücherverbrennung ausarten, von Platztänzen in gestrickten Hemden begleitet.

Indem sie Glaubwürdigkeit in den gesellschaftlichen Augen verliert, sucht die Macht es mit effektiven, aber primitiven Mit-

*Die politischen Kräfte, die Wiktor Juschtschenko auf den Präsidentenwahlen unterstützten, agierten unter orangener Symbolik

* Über die Verfolgung des Regisseurs des Nationalen Akademischen Lesja-Ukrainka-Theaters des russischen Dramas bitte auf Seite 23 weiterlesen

teln zu kontern. Ohne jegliche Stichhaltigkeit kriminalisiert sie ganz bewusst die oppositionellen Politiker, damit man am Vorabend der Wahl sagen könnte: „Na, seht ihr, für wen wollt ihr stimmen? Gegen wen wollt ihr uns tauschen?“

Außerdem tragen die politischen Verfolgungen und Repressalien einen deutlich regionalbezogenen Charakter. Man kann keine einzige Region im Süden und Osten der Ukraine benennen, wo kein gefälschtes Verfahren gegen den ehemaligen Chef der staatlichen Regionaladministration bzw. den Vorsitzenden des Regionalrats fabriziert und eröffnet wurde. Das betrifft alle Regionen: Charkow, Sumy, Lugansk, Donezk, Nikolajew, Odessa, Cherson, Dnepropetrowsk, Saporoschje, die Krim und Sewastopol. Jede dieser Regionen, in der als Präsidentenkandidat Wiktor Janukowitsch gesiegt hat, kann sich heute vergewissern, dass alle Worte, die die neue Macht über Menschenrechte, europäische Wahl, Achtung oppositioneller Ansichten auf die Lippen bringt, leider rundweg ihren Taten zuwiderlaufen.

Der Mensch lebt keine drei Leben und kann nicht über 48 Stunden täglich verfügen. Wenn er in sein strafrechtliches Verfahren eintaucht, die Staatsanwaltschaft aufsucht, 4 oder 5 Stunden täglich liest und Auszüge aus Dokumenten abschreibt, um das alles mit seinem Rechtsanwalt zu besprechen, so würde er natürlich nicht die Ukraine reisen, über seine Partei und sein Wahlprogramm informieren. Dieses Know-how verfolgt einige Zielsetzungen. Erstens, die Menschen zu verleumden und auf sie Druck zu machen. Zweitens, ihnen die Zeit für die Teilnahme am politischen Wahlprozess zu nehmen. Und drittens, wenn es glückt, aufgrund absolut absurder Motive ein anklagendes Urteil zu erreichen, sei es auch auf Bewährung, um die Menschen von der Wahlstrecke wegzuschaffen.



Juri Sagorodnij

Diskreditierung des oppositionellen Parteiführers

■ Die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine über die polizeiliche Fahndung nach dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten) Juri Sagorodnij schätzen seine Mitstreiter als nächsten Schritt in der Verfolgung von Oppositionellen ein

„Während sich Juri Iwanowitsch offiziell im Urlaub befindet, bedeutet der Bericht über die Ausstellung des Haftbefehls gegen ihn nichts anderes als Bestrebung der Macht, ihn zu diskreditieren und einzuschüchtern“, stellte Volksabgeordneter und Mitglied der SDPU(V)-Fraktion, Igor Schurma, fest. „Offensichtlich haben

die Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft einige Ersatzvarianten ausgearbeitet, die auf die Isolation eines der sozialdemokratischen Führer hinauslaufen“.

In seinem Kommentar zur Situation um Juri Sagorodnij stellte der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk fest: „Man darf sich auf kein einziges Wort dieser Macht verlassen. Lügen und Insinuationen erreichen solch einen Höhepunkt, den ich in meinem politischen Leben, nicht einmal in der sowjetischen Zeit, erlebt habe“.

Zuvor hatte Juri Sagorodnij eine Erklärung veröffentlichen lassen, er besitze Informationen darüber, dass die Generalstaatsanwaltschaft nach ihm eine polizeiliche Fahndung eingeleitet habe, um ihn letztendlich aufgrund einer erdachten Anklage zu verhaften. Gleichzeitig verlangte er von der Macht, Willkürakte und Abrechnungen mit politischen Opponenten einzustellen:

„In der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft, wenn Vertreter der oppositionellen politischen Kräfte zum Verhör in einer Sache vorgeladen werden und gegen sie die Anklage in einer anderer erhoben wird, macht den offensichtlichen politischen Hintergrund deutlich. Die Macht verliert ihre Glaubwürdigkeit im Volk dramatisch und ist entschlossen, den Sieg auf den Wahlen durch Diskreditierung der Führer von Oppositionsparteien davonzutragen. Die jetzigen Machthaber haben auch nie verheimlicht, dass die SDPU(V) ganz oben auf ihrer schwarzen Liste stehe. Heute geben die „Orangenen“ selbst politische Verfolgungen zu. Je näher die kommenden Wahlen heranrücken, desto stärker werden die politischen Repressalien gegen ihre Gegner ausfallen. Denn der Präsident hat während der vergangenen Wahlkampagne nur ein einziges technologisches Verfahren beherzigt: es kommt nicht auf die Erfüllung der Versprechen an, sondern auf Erzeugung eines Feindbildes...“.

Der Pressedienst der SDPU(V) teilte mit, dass Juri Sagorodniji Familienangehörige nicht in ihre Wohnung eingelassen werden:

„Ohne jegliche Dokumente vorzulegen, die ihre Handlungen berechtigten, verweigerte die Wache des Wohnkomplexes „Putsch-Wodiza“ der Frau und dem Sohn des stellvertretenden Vorsitzenden und des Leiters des Exekutivkomitees der SDPU(V) den Zutritt in ihre Wohnung“.

Wenn sich diese Handlungen früher auf die Weigerung der Wache beschränkten, die Familienangehörigen wegen fehlender Verlängerung der Passierscheine zuzulassen, die absichtlich nicht ausgestellt wurden, so beorderte die Leitung des Komplexes am 10. September eine bewaffnete Polizeistreife. Neben dem Sohn Juri Sagorodniji wurde auch seine schwangere Frau nicht eingelassen, die einem stressbelasteten Verhör ausgesetzt wurde.

Die Situation, in der die Menschen ihr Haus am Morgen verlassen und am Nachmittag dorthin nicht gelangen dürfen, offenbart die ganze Heuchlerei und Unmenschlichkeit derer, die solche verbrecherische Kommandos abgeben.

Auf diese Weise demonstriert die Macht ihre Missachtung der grundlegenden Verfassungsnormen, insbesondere des Artikels 47, der jedem Bürger das Recht auf Wohnung gewährt. Die Willkür dauert bereits seit zwei Monaten. Der Geschäftsführer des Komplexes „Putsch-Wodiza“ A. Grigorenko ordnet der Wache an, die Einwohner nicht auf das Grundstück einzulassen, indem er sich auf Anweisungen von „oben“ beruft.

Es sei zu erinnern, das Juri Sagorodniji Recht auf Wohnung auf einem Mietver-

* Die Familie Sagorodnij mietet ein Einzelhaus, das sich im elitären Wohnkomplex „Putsch-Wodiza“ bei Kiew befindet. Der Komplex „Putsch-Wodiza“ gehört dem Staatlichen Amt für Vermögensverwaltung

trag basiert, der nie ordnungsgemäß angezweifelt wurde.

Die Verfolgung eines der Führer der SDPU(V) Juri Sagorodnij setzte vor über zwei Monaten an. Die Zutrittseinschränkung zum eigenen Haus, Vorladung in die Generalstaatsanwaltschaft als Zeuge, während sich Sagorodnij im Urlaub befand, provokative „Einwürfe“ der Information in die Massenmedien über die Einleitung der gesamtukrainischen Fahndung nach ihm, die Beschattung der Familienangehörigen und Diskreditierungsversuche der Verwandten stellen bei weiten keine volle Auflistung der moralischen Beeinflussung eines der politischen Gegner dar“.

Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei*: die Macht beabsichtigt die physische Beseitigung eines oppositionellen Führers, des ehemaligen Generalstaatsanwalts

■ **Die Vorsitzende der PSPU Natalia Witrenko leitete ihren Appell „Die Abrechnung mit Gennadi Wasiljew, Führer der Oppositionspartei, stoppen!“ an den Europarat, die Unokommission für Menschenrechte, die Beauftragung für Menschenrechte in der Ukraine, sowie an die ausländischen Botschaften in der Ukraine zu. Nachstehend folgen einige Auszüge aus ihrem Appell:<P>**

* PSPU - eine linksgerichtete Partei



Gennadi Wasiljew

„... Wir sehen uns gezwungen, an Sie mit der Bitte um Einstellung der politischen Abrechnung mit Gennadi Wasiljew zu appellieren. Er führt Vorsitz in der Oppositionspartei „Dershawa“, ist eine bekannte Persönlichkeit in der Ukraine, ein Volksabgeordneter der Ukraine während der drei Legislaturperioden, ein Politiker, der die Unterstützung der Werchownaja Rade der Ukraine bei der Wahl zum stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden erhielt. Das Ansehen Wasiljews war so hoch, dass das Parlament ihn zum Generalstaatsanwalt der Ukraine berief.

Als professioneller Jurist höchster Güte deckte Gennadi Wasiljew den politischen Hintergrund der Massenrepressionen in der Ukraine auf. Er entlarvte die Verlogenheit der Macht bei der Ermittlung der aufsehenerregenden Sachen: des vermeintlichen „Giftanschlags“ auf Wiktor Juschtschenko, der Ermordung der Journalisten Igor Alexandrow und Georgij

Gongadze, der strafrechtlichen Verantwortung der Premierministerin Julia Timoschenko und der weiteren mehr. Das Engagement so einer angesehenen politischen Figur rief bei der ukrainischen Macht Hassgefühle aus. Deshalb fingen die Machthabenden nicht nur mit politischen Repressalien gegen Gennadij Wasiljew an, sondern erteilten, wie wir es einschätzen dürfen, einen Auftrag über seine physische Vernichtung. Indem sie mit Wasiljew abrechnet, sucht die jetzige Macht, der Gesellschaft ihre eigenen verbrecherischen Taten zu verheimlichen.

Als Vorwand für die Einleitung des strafrechtlichen Verfahrens gegen Gennadij Wasiljew diente sein Antrag als die höchste Amtsperson der Generalstaatsanwaltschaft an den Gouverneur der Kiewskaja Region über die Bewilligung eines Grundstücks für die Generalstaatsanwaltschaft. Es sei zu unterstreichen, nicht für Gennadij Wasiljew persönlich, sondern für die staatliche Struktur. Und der Antrag erfolgte nicht auf einem vertraulichen, sondern dem vorgeschriebenen Dienstweg.

Die Einleitung des strafrechtlichen Verfahrens gegen den ehemaligen Generalstaatsanwalt von dem regionalen Staatsanwalt, dazu ohne vorausgehende dienstliche Untersuchungen, stellt eine größte Verletzung der prozessualen Normen der Staatsanwaltschaft dar und trägt zweifelsohne den Charakter eines politischen Auftrags.

Auf diese Weise versucht die Macht einen oppositionellen Führer in der Ukraine mundtot zu machen. Damit missachtet sie nicht nur die bürgerlichen Rechte und Freiheiten Gennadij Wasiljews, sie blockiert auch die politischen Aktivitäten seiner Oppositionspartei“.

Vorsitzender des Stadtsowjets Sewastopols erklärt über Verfolgungen aus politischen Motiven

■ **Der Vorsitzende des Stadtsowjets Sewastopols Walentin Borisow bezeichnete die Einleitung des strafrechtlichen Verfahrens gegen ihn als „politische Abrechnung und Erpressung seitens des Chefs der staatlichen Stadtadministration Sergej Iwanow“.**

Nach dem Bericht der Zeitung „Kommersant-Ukraine“, erklärte Herr Borisow, die Führung der staatlichen Stadtadministration sei an der Diskreditierung des Stadtsowjets interessiert, um „von der eigenen Unprofessionalität und Inkompetenz bei der Verwaltung der Stadtwirtschaft abzulenken sowie die von dem Stadtsowjet aufgedeckten Missstände zu verbergen“.

Walentin Borisow schließe nicht aus, dass das strafrechtliche Verfahren auf seine Verweigerung des freiwilligen Rücktritts vom Posten des Sowjetvorsitzenden zurückzuführen ist. Nach seinen Worten habe ihn der stellvertretende Innenminister Gennadij Moskal gedrängt, ein Gesuch über die Ablegung des Abgeordnetenmandats einzureichen: „Er schlug mir vor, die Funktion aufzugeben, anderenfalls werde innerhalb einer Woche eine strafrechtliche Anklage eingeleitet und alles unternommen, um mich auszuschließen“.

Der Stadtsowjetvorsitzende ergänzte, dass der Konflikt zwischen der staatlichen Stadtadministration und dem Stadtsowjet u. a. durch die Absage der Abgeordneten hervorgerufen worden war, die Kostensätze für kommunale Dienstleistungen zu erhöhen, worauf die Stadtadministration besteht.

Herr Borisow behauptet auch über den Druck auf seine Familie: „Beschattung, Abhöraktionen, Durchsuchungen, die fünfeinhalb Stunden dauern und so weiter“.

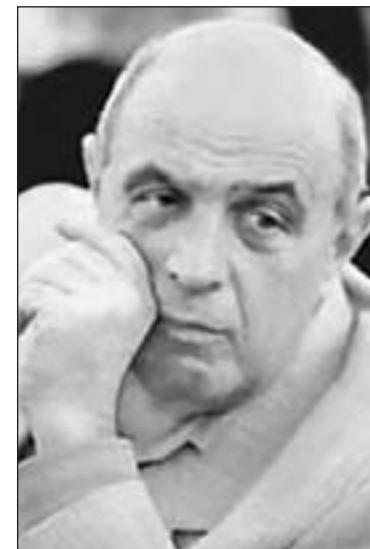
Der Stadtsowjet Sewastopols appellierte an den Präsidenten Wiktor Juschtschenko, den Vorsitzenden der Werchowynaja Rada Wladimir Litwin und den Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun, indem er u. a. feststellte: „Wir nehmen diesen Fakt als Druckversuch nicht nur auf den Vorsitzenden des Stadtsowjets Sewastopols auf, sondern auch auf alle Sowjetabgeordneten und die kommunalen Selbstverwaltungsorgane im allgemeinen. Wir schätzen ihn als einen möglichen politischen Auftrag gewisser Kräfte ein, die an der Destabilisierung der politischen Situation in der Stadt Sewastopol interessiert sind“.

Die Macht scheitert mit Entlassung eines Theaterregisseurs

■ **Das Hauptfinanz- und Kontrollamt der Ukraine, die Steuerinspektion und das Gericht stellten definitiv fest: es gibt keine Unregelmäßigkeiten im Nationalen Akademischen Lesja-Ukrainka-Theater des russischen Dramas**

Wie die Internet-Ausgabe „Pro-UA“ mitteilt, fand das fast halbjährige Epos von Revisionen, unbegründeten Anschuldigungen und gerichtlichen Verhandlungen, die praktisch gleichzeitig mit der Ernennung Oksana Bilosirs zur Kulturministerin angesetzt hatten, nur ein erwartetes Ende, d. h. ergebnislos.

Es ist symbolisch, dass der Sieg des Theaters im „Krieg“ gegen das Ministerium für Kultur und Tourismus mit dem Abschluss der 79. theatralischen Saison zusammenfiel: am Vorabend der 80. Jubiläumssaison.



Michail Resnikowitsch

Leider wurde die zweite Saisonhälfte nicht durch Bewertungen neuer hervorragender Bühnenwerke gekennzeichnet, sondern durch Vermutungen überschattet, wie lange noch die Hetzenjagd auf eine der besten Truppen im Lande und ihren Leiter Michail Jurjewitsch Resnikowitsch* persönlich dauern möge. In dem Maße, dass bereits Zweifel gehegt wurden, ob das Theater danach überhaupt existieren könnte?

Das Verzeichnis der staatlichen Behörden, die gegen das Theater angehetzt wur-

* Theaterleiter Michail Resnikowitsch erklärte einst die Unruhen des Drucks auf sich selbst und das Theaterkollektiv wie folgt: „Wie ich glaube, hat jemand dem Präsidenten viele Unflätigkeiten über das Theater und mich zugeflüstert. Andererseits konnte es wahrscheinlich die Rolle spielen, dass ich Wiktor Fedorowitsch Janukowitsch unterstützt hatte. Doch die Regierung von Janukowitsch erhöhte allen Mitarbeitern der nationalen Kultureinrichtungen ihre Bezüge um das 2fache, es wurde möglich, mehr oder weniger normal zu arbeiten. Als ein normaler und ehrlicher Mensch musste ich das tun“.

den, ist beeindruckend: die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, dann das Hauptfinanz- und Kontrollamt, danach die Staatsanwaltschaft des Schewtschenkowskij Stadtbezirks Kiews, anschließend die Steuerinspektion und die Verwaltung für die Bekämpfung des Organisierten Verbrechens.

Heute steht fest: die Kampagne gegen das Lesja-Ukrainka-Theater scheiterte kläglich, weil es keine finanziellen und wirtschaftlichen Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Fest steht auch, dass alle diese Überprüfungen auf die einfache menschliche Bestrebung aus dem Kreis der neuen „kulturellen“ Führung zurückzuführen sind, Michail Resnikowitsch loszuwerden. Auf alle zugänglichen Weisen: ungesetzliche Entlassung, Einschüchterung durch das nicht existente strafrechtliche Verfahren, Verweigerung der ärztlichen Behandlung, Drohungen mit Gefängnisstrafe, -so erklärte Oksana Bilosir einst: „Er wird abgeurteilt und eingesperrt“.

Eine Zeitlang schien es, dass die hochangestellten „Revisoren“ doch ihr Ziel erreichen könnten, insbesondere im Zeitalter, wie es „Pro-UA“ sarkastisch vermerkt, „lauter unpolitischer Verfolgungen“. Gut möglich, dass so was auch hätte passieren können, wenn nicht die Öffentlichkeit und die Politiker, die sich für das Theater einsetzen. Und es stellte sich heraus, dass sich Oksana Bilosir samt Kumpanei in der Minderheit befindet. Mehr noch: es wurde offensichtlich, dass sich die oberste Führung des Landes für die Handlungen ihrer zu eifrigen Mitsreiterin zu schämen anfangen und versuchte, den Konflikt im stillen beizulegen.

Bilosir erwiderte die Anfragen der Werchowynaja Rada nicht, vernachlässigte die Sitzungen der parlamentarischen Untersuchungskommission für Verletzungen der Menschenrechte und Bürgerfreiheiten, indem sie nur ihren Vertreter hinschickte; der keine neuen überzeugenden Argu-

mente über Resnikowitschs Entlassung anführen konnte und nur gegenstandslose Behauptungen seiner Chefin wiederholte. Nicht einmal zu den Gerichtsverhandlungen - nach ihren eigenen Anklagen! - wollte Oksana Wladimirowna persönlich erscheinen, sie delegierte auch keinen Vertreter des Ministeriums und vereitelte dadurch zweimal die Gerichtsverhandlungen. Doch zur gleichen Zeit rief sie persönlich Michail Jurjewitsch weiter an und redete über die Legitimität seiner Entlassung, wodurch sie nur weitere Male die rechtliche Ohnmacht der Beamten im Namen der Kultur bestätigte.

Wir wollen glauben, dass das Kollektiv des ruhmreichen Theaters seine 80. Saison nicht auf Streikposten zum Schutz der bürgerlichen Rechte verbringen wird, sondern mit Proben, Bühnenstücken und Uraufführungen, -gemeinsam mit unzähligen Freunden, den Zuschauern aus der ganzen Ukraine, schreibt die Internet-Ausgabe „Pro-UA“ abschließend.

Hauptärztin aus politischen Motiven verfolgt

■ Die Führung der staatlichen Gaiworonskaja Kreisadministration, Kirowogradskaja Region, versucht Swetlana Schijan zu entlassen, die Hauptärztin der territorialen Medizinischen Vereinigung, die eine „nicht-orangene“ politische Position einnimmt.

Wie die Zeitung „Wedomosti-plus“ mitteilt, befindet sich diese im Kreis bekannte und angesehene Frau, eine hervorragende Spezialistin, bereits seit vielen Monaten unter starkem psychologischem Pressing und wird unverschleierte Erpressung

ausgesetzt. Sie wird offen bedroht und eingeschüchtert.

Die Umstände der Verfolgung von Swetlana Michajlowna sind bereits auf der höchsten Ebene bekannt. Die Premierministerin der Ukraine leitete seinerzeit dem Chef der staatlichen Kirowogradskaja Regionaladministration ein Schreiben zu, in dem sie eine eingehende Untersuchung der Situation verlangte.

Der Redaktion der „Wedomosti-plus“ konnte sich mit dem offiziellen Antwortschreiben des ersten stellvertretenden Gouverneurs Anatolij Rewenko vertraut machen und wurde, wie die Journalisten feststellen, über die zynischen Schwindeleien überrascht, zu denen unsere Leiter gesunken sind.

So wird darin u. a. behauptet, die in der Abgeordnetenfrage dargelegten Umstände wären von einer speziell zusammengestellten Kommission überprüft. Tatsächlich wurde nach Gajworon nur ein einziger Beamter abkommandiert, der Leiter der regionalen Abteilung für Gesundheitswesen Nikolaj Benet, um die Fakten zu prüfen.

Ferner wird im Antwortschreiben behauptet, als hätte „das Kontroll- und Finanzkreisamt vom Januar bis zum Juli 2005 im Gajworonskij Kreis zwei planmäßige Prüfungen der Einhaltung der Finanz- und Haushaltsdisziplin in der territorialen medizinischen Vereinigung (RTMO) durchgeführt. Es wurde festgestellt, dass in der RTMO die vorgeschriebene Buchhaltung über Eingang und Verwendung der materiellen Werte fehlt, sowie die gesetzlichen Festlegungen in bezug auf die Verwendung der Haushaltsmittel für die Bezahlung der konsultierenden Ärzte vernachlässigt werden“.

Doch Swetlana Schijan und andere Mitarbeiter dieser medizinischen Einrichtung behaupten, dass neben zwei planmäßigen Prüfungen auch unzählige außerplanmäßige Revisionen stattgefunden haben,

einschließlich seitens der Staatsanwaltschaft. „Die erste Prüfung betraf die Richtigkeit und Legitimität der Verwendung der Neugeborenen-Sätze“, sagt Swetlana Michajlowna. „Die Revisoren haben protokolliert, dass die notwendige Buchhaltung angeblich fehle. Tatsächlich aber beschäftigten sich mit diesen Sätzen nicht wir, sondern die Abteilung für Familie und Jugend der staatlichen Kreisadministration, deshalb hätte man dort über die zweck- bzw. zweckfremde Verwendung dieser Sätze nachfragen müssen“.

Darüber hinaus wird im Antwortschreiben Herrn Rewenkos auf die Abgeordnetenfrage behauptet, es wären „keine Fakten der administrativen Verfolgung, des psychologischen und moralischen Drucks auf die Hauptärztin der territorialen medizinischen Vereinigung des Gajworonskij Kreises Schijan S. M. seitens des Chefs der staatlichen Gajworonskaja Kreisadministration Resnik W. O. festgestellt“.

Doch hat Herr Resnik Swetlana Michajlowna persönlich zu einem „Gespräch“ vorgeladen und den Verlauf dieses echten Verhörs auf Tonband aufgenommen, -sollte es nicht psychologisches Pressing heißen? Ob die permanenten außerplanmäßigen und unbegründeten Prüfungen im Krankenhaus, die immer neue vermeintliche „Unregelmäßigkeiten“ stichhaltlos aufdeckten, nicht Verfolgungen und moralischen Druck bezeugen? Ob mehrere eindringliche „Bitten“ um ein freiwilliges Rücktrittsgesuch mit dem administrativen Druck nichts gemeinsam hätten? Diese Liste der von der staatlichen Regionaladministration „nicht festgestellten Fakten“ ließe sich endlos fortsetzen.

Inzwischen hat dieses Pressing Swetlana Michajlowna ihre Gesundheit gekostet und sie zum Mikroinsult gebracht. Jetzt ist sie gezwungen, bereits zum zweitenmal einen Krankenschein zu machen“, schließt die Zeitung „Wedomosti-plus“ ab.



Tamara Proschkuratowa

Aus politischen Motiven werden Pädagogen verfolgt

■ Die Lehrerinnen und Lehrer des Borispolskij Kreises, Kiewskaja Region, verlangen Unterlassung des Drucks auf Mitarbeiter der Volksbildung und ihrer Verwicklung in die Politik. Zur Verteidigung ihrer Interessen veranstalteten sie eine Streikaktion mit der Forderung des Rücktritts des Chefs der staatlichen Borispolskaja Kreisadministration Iwan Poluchowitsch.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ berichtet, beabsichtigte Herr Poluchowitsch 90 Prozent der Lehrer zu entlassen, indem er die Schuldirektoren als „Kassierer Janukowitschs“ während der vergangenen Präsidentenwahl bezeichnete. Die Pädagogen brachten ihren Protest gegen

derartige Äußerungen Herrn Poluchowitschs zum Ausdruck, nannten sie unzivilisiert sowie der Verfassung und dem Arbeitsrecht zuwiderlaufend.

Der Vorsitzende des Schuldirektorenrates des Borispolskij Kreises Wasilij Galatenko berichtete im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen im Kreis über die außerordentliche Versammlung des Borispolskij Kreissowjets, die mit qualifizierter Stimmenmehrheit dem Chef der staatlichen Borispolskaja Kreisadministration Iwan Poluchowitsch das Misstrauensvotum ausgesprochen hatte. Eine der wichtigsten Ursachen für diese Entscheidung war ausgerechnet die Schürung des Konflikts mit den Mitarbeitern der Volksbildung.

Verdiente Lehrerin der Ukraine berichtet, dass Pädagogen wegen ihrer politischen Ansichten entlassen und Schulen als propagandistische Instrumente eingesetzt werden:

Die Volksabgeordnete, Verdiente Mitarbeiterin der Volksbildung und Heldin der Ukraine Tamara Proschkuratowa initiierte kürzlich die Gründung der gesamtukrainischen Bewegung „Schule außerhalb der Politik“. Sie begründet es mit dem aktiven Einsatz der Schulen als propagandistische Werkzeuge zugunsten regierungsnaher politischer Kräfte und der Verwicklung der Lehrer in politische Prozesse.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ dazu feststellt, leitete die neue Macht nach ihrem Amtsantritt Personalsäuberungen in Hoch- und Oberschulen ein. Das einzige Kriterium für die Auswahl neuer Leiter der Bildungseinrichtungen wurde ihre „politische Korrektheit“. Bei Tamara Proschkuratowa gehen alle Beschwerden der Lehrer ein, die wegen der heutigen Macht nicht gefälligen politischen Auffassungen auf die Straße gesetzt werden.

Im Verlauf der Präsidentenwahl ließen sich die Schüler von mehreren Schulen

der Ukraine in antagonistische Gruppierungen spalten, in denen sich die Kinder, die mit einem der Kandidaten sympathisierten, äußerst aggressiv zu ihren Mitschülern mit entgegengesetzten Auffassungen verhielten. Mancherorts schlossen sich die Lehrer an solche Aktionen, was nach dem Wesen zutiefst unpädagogisch war.

„Ich verfüge über Informationen über derartige Vorfälle in Lwow; Donezk, Kiew und anderen Regionen der Ukraine“, berichtet Tamara Proschkuratowa. „Die Schaffung der diesbezüglichen Atmosphäre beeinflusst die Eltern und Lehrer, was den gewissenlosen Politikern zugute kommt. Es sei nur an zahlreiche Klassenausflüge auf den Maidan zu erinnern, die von Lehrern geleitet wurden. Das ist nur im Ergebnis der ungeheuren Politisierung der Schule möglich geworden. Die Situation mit der ideologischen Züchtigung der Kinder seitens einer der politischen Kräfte bringt uns in die Zeiten des Totalitarismus zurück. Es gibt auch Fälle, wo Kinder wegen

ideologischer Auffassungen ihrer Eltern verfolgt werden“.

Wie die bekannte ukrainische Pädagogin erzählt, sei bereits der Begriff „Andersdenkende Kinder“ im Umlauf, und sie ist überzeugt, dass die neuen Machthaber ihre Anstrengungen darauf konzentrieren würden, was sie bestens können, auf die politische Propaganda.

„Unsere Aufgabe besteht darin, den Kindern die Möglichkeit zu gewähren sich normal zu entwickeln und zu wachsen, damit man lernen und die Welt erkennen kann“, erklärt die Parlamentarierin. „Dass Kinder zur Beeinflussung ihrer Eltern missbraucht werden, erscheint keinesfalls legitim“.

Die gesamtukrainische Initiative „Schule außerhalb der Politik“ stellt sich zum Ziel, das von der Verfassung garantierte Recht eines jeden Bürgers auf seine freie politische Selbstbestimmung zu schützen sich die administrativen Willkürakte gegen die Schullehrer zu widersetzen.

WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- ZORGANE

Menschenrechtsschützer: die neue Macht habe keine entschiedenen Maßnahmen gegen Abrechnungen und Folterungen der Menschen unternommen

■ **Der Geschäftsführer der Kiewer Büros der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte (IHF) Wladimir Jaworskij stellt fest, dass nach wie vor die Folter auf Polizeistationen und in Gefängnissen ein großes Problem sei.**

Wie die österreichische Zeitung „Der Standard“ mitteilt, erklärte der Rechtswissenschaftler folgendes: „Von der neuen Macht erwartete jeder große Schritte hin zu einem europäischen Niveau. Aber in Wirklichkeit passiert nichts“.

In diesem Jahr, seit dem Amtsantritt der neuen Regierung, habe sich die Anzahl der Beschwerden ein bisschen verringert, nun stiegen in den letzten Monaten die Fälle wieder an und erreichten wieder das Niveau des Vorjahres.

Nach Ansicht von Jaworskij hängt dieser zeitweise Rückgang damit zusammen, dass die neue ukrainische Regierung massenhaft Beamte aus dem Staatsapparat entlassen hat. Die verbliebenen Beamten hatten in diesem Zeitraum einfach Angst, auf die erprobten Methoden der Abrechnung mit den Men-

schen zurückzugreifen. Doch wirkliche Schritte seien von der Regierung in dieser Sache nicht ergriffen worden, indem sich die neue Führung nur auf einige Weiterbildungsmaßnahmen einschränkte.

Jährlich werden etwa 30 Prozent aller Gefangenen in der Ukraine Opfer von Folter und Misshandlungen. So schrieb in ihrem Bericht die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) bereits im Januar 2005, unter Berufung auf die Ombudsfrau für Menschenrechte des ukrainischen Parlaments, Nina Karpatschewa. In den schlimmsten Fällen seien Misshandelte gestorben, doch ermittelt wurde gegen die Folterer nicht.

Das Kiewer IHF-Büro verzeichnete im vergangenen Jahr bis zu 400 Beschwerden über Folter und Misshandlungen durch Exekutivorgane, davon seien etwa 40 ermittelt und 30 an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof weitergegeben worden.

Die Menschenrechtsexpertin bei der Organisation Amnesty International in London, Heather McGill, ist der Meinung, dass die entscheidende Rolle bei der Unterbindung von Folter den Richtern zukomme: „Sie sollten keine Geständnisse akzeptieren, die unter Folter oder Misshandlung zu Stande gekommen sind. Aber das tun sie“. Dieser Einschätzung stimmt auch Jaworskij zu: „Die Richter in der Ukraine werden vom Präsidenten und vom Parlament ernannt und befinden sich unter permanenter Kontrolle durch Beamte der lokalen und zentralen Behörden. Die wichtigste Grundlage von richterlicher Unabhängigkeit sind die Finanzen. Hier ist die Situation katastrophal. Die Gerichte seien massiv unterfinanziert: durchschnittlich nur zu 48 Prozent. Fünf Gerichte haben deshalb ihre Tätigkeit einstellen müssen“, schreibt „Der Standard“.

Verhaftete Aktivisten der Oppositionspartei gefoltert, unter Entzug von Wasser und Essen

■ **Kürzlich haben die Kraftstrukturen Aktivisten der Oppositionspartei „Bratstwo“ (Brüderlichkeit) verhaftet. Der Vorsitzende der Partei Dmitrij Kortschinskij verurteilte diese Handlung der Kraftorgane als Versuch, die Partei zu zerschlagen, sowie als politischen Auftrag der neuen Macht über die Niederdrückung der Opposition. Er hält die verhafteten Aktivisten der „Bratstwo“ für politische Gefangene in der Ukraine. Nachstehend werden Auszüge aus dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse veröffentlicht, die der Website der Partei (bratstvo-info) entnommen sind.**

„7. August. Im Mariinskij Park*, unweit des Parteibüros, werden drei Mitglieder der „Bratstwo“, Alexander Astanin, Sergej Karpenko und Artem Beswerchij, festgenommen. Drei Wochen lang werden sie auf der Kreispolizeistation wegen vermeintlicher Teilnahme an einem Einbruchdiebstahl festgehalten. Doch jeden Tag verlangen die Ermittlungsrichter von ihnen die Antwort nur auf eine einzige Frage: wer habe 2004 den Friedensmarsch der Ukrainer in Transnistrien organisiert und daran teilgenommen?“

Diese Veranstaltung wurde unter den Fahnen der Partei durchgeführt und wird von den Rechtsschutzorganen offensichtlich als Störung der öffentlichen Ordnung aufgefasst. Der Zynismus liegt aber gerade darin,

dass das heutige Regime selbst durch Massenunruhen an die Macht gekommen ist, deren wichtigste Organisator innerhalb der fünf Jahren der jetzige Innenminister Juri Luzenko gewesen ist. Uns allen bleibt gut im Gedächtnis, wie Juschtschenko, Poroschenko, Tschewonenko und andere Abgeordnete aus „Unserer Ukraine“ die Wache der Zentralen Wahlkommission/ZIK und die Offiziere der polizeilichen Sondereinheiten verprügelten. Im Hintergrund der eigenen Überschreitungen erscheinen ihre Ansprüche an die „Bratstwo“, die sich nichts dergleichen erlaubte, als einfach lächerlich.

31. August, gegen 18.00 Uhr, wurde an der Kreuzung der Schelkowitschnaja und Gruschewskij Straßen Parteimitglied Alexander Lebedew ohne jegliche Begründung von Personen in Zivil festgenommen. Man schleppte ihn in ein Fahrzeug ein und brachte in die unbekannt Richtung.

1. September. Am Mittag wurde in der Institutskaja Straße, unweit des Sitzes der „Bratstwo“ Parteimitglied Wiktor Schwezow festgenommen. Am gleichen Tag erklärte ein Richter namens Schostak im Interview den Fernsehkanal „1+1“, er erblickte in der vorausgegangenen Aktion der Mitglieder der „Bratstwo“ vom dem Kiewer Oberbürgermeisteramt Merkmale eines schwerwiegenden Verbrechens – des terroristischen Anschlags. Trotz der Tatsache, dass der Richter des Schewtschenkowskij Bezirksgerichtshofs, der in der Sache der am 7. August festgenommen Jugendlichen, nicht einmal Merkmale eines administrativen Vergehens feststellen konnte, indem er sich auf eine mündliche Verwarnung einschränkte.

2. September. Am frühen Morgen wurden vor dem Sitz der „Bratstwo“ Parteimitglieder Alexander Bascharin und Sergej Karpenko zwecks eines „Gesprächs“ festgenommen. Parteiaktivist Dmitrij Watolkin brachte auf Bitte des Petscherskij Bezirkspolizeiamtes die Ausweise der früher festgenommenen Lebedew und Schwezow und wurde selber von der Polizei unter

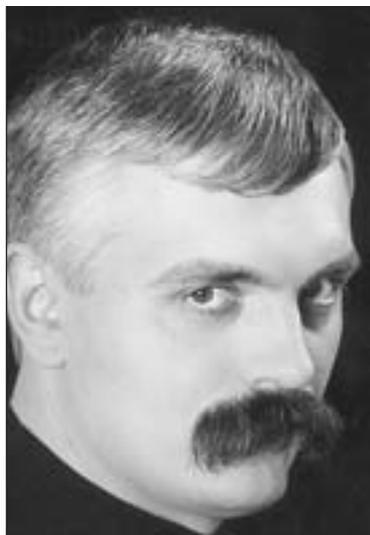
* Der Mariinskij Park liegt im Stadtkern Kiews

Arrest gestellt. Gegen 13.00 Uhr wurde in der Nähe des Parteisitzes Aktivist Konstantin Saswonow festgenommen, und um etwa 14.00 in der Schelkowitzchnaja Straße - drei weitere Parteimitglieder: Alexander Astanin, Artem Beswerchij und Attila Sellen-Dowshenko, die von unbekanntenen Personen in Zivil ins Fahrzeug gesteckt und abtransportiert wurden. Attila Sellen-Dowshenko wurde später brutal verprügelt und in die Hauptverwaltung des Innenministeriums der Ukraine zum Verhör eingeliefert. Einer der Festgenommenen konnte noch mitteilen, dass sich die Rechtschutzorgane wahrscheinlich zur Erstürmung der Parteizentrale vorbereiten. Gegen 17.30 Uhr werden die Parteimitglieder Artem Beswerchij und Konstantin Saswonow freigelassen.

In der Nacht vom 1. zum 2. September werden private Wohnungen von Polizeistreifen besucht. Die Parteizentrale, die sich in der Gruschewskij Straße 16 befindet, stellt man unter ganztägige Beobachtung.

3. September. Am Morgen werden die Parteimitglieder Sergej Karpenko, Dmitrij Watolkin und Alexander Astanin aus der Haft entlassen. Allen freigelassenen Aktivisten wurden Fingerabdrücke abgenommen, man verwarnte sie ebenfalls, sofort nach der nächsten Vorladung der Rechtschutzorgane zu erscheinen. Da sie an der Aktion vor dem Oberbürgermeisteramt Kiews am 31. August nicht teilgenommen hatten, würden sie nach Worten des Ermittlungsrichters „nicht mehr gebraucht“. Die freigelassenen Aktivisten berichteten über physischen und moralischen Druck auf sie.

Die Ermittlungsrichterin der Hauptverwaltung des Innenministeriums in Kiew, Loga, die in der Sache Bascharins und Sellen-Dowshenkos aufklärt, verweigert das Treffen der Festgenommenen mit ihren Rechtsanwälten und Verwandten. Ihnen wird auch verboten, warme Kleidungsstücke, Essen und benötigte Medikamente in Empfang zu nehmen (Bascharin



Dmitrij Kortschinskij

leidet an chronischer Gastritis). Aufgrund der Teilnahme an der friedlichen Aktion vor dem Oberbürgermeisteramt am 31. August werden gegen die Jugendlichen absurde Anklagen erhoben - laut Artikel 258, Teil 2, des Strafgesetzbuches der Ukraine: d. h. Terrorismus und Inbesitznahme öffentlicher Gebäude. Die Festgenommenen werden gefoltert und dem psychologischen Druck ausgesetzt, man verweigert ihnen Wasser und Essen. Alexander Bascharin und Attila Sellen-Dowshenko wurden nachts verhört, was die Gesetzgebung nachdrücklich verbietet.

6. September. Die Parteimitglieder befinden sich bereits den fünften Tag in der Isolierhaft. Fünf Tage lang ist es ihnen nicht möglich, den Rechtsanwalt zu sprechen. Der repressive Apparat setzt alles daran, das zu verhindern. Die Ermittlungsrichter verstecken sich bewusst vor den Rechtsanwälten. Die „Bratstwo“ wendet sich an den Hauptuntersuchungsrichter der Ukraine, Koljada Pjotr Wasiljewitsch,



mit dem Appell, dieser Willkür ein Ende zu legen.

7. September. Die festgenommenen Aktivisten schreiben an den Leiter der Isolierhaft, Karandjuk Sergej Wiktorowitsch, einen Brief und bitten ihnen ein Treffen mit dem Geistlichen zu gewähren, damit sie eine Beichte ablegen und das Abendmahl empfangen können. Der Bitte wird nicht entsprochen. Nach letzten Berichten wird den Teilnehmern der Aktion am 31. August vor dem Kiewer Oberbürgermeisteramt der Artikel 351 des Strafgesetzbuches inkriminiert: Behinderung der Tätigkeit eines Volksabgeordneten und Abgeordneten des Stadtsowjets.

12. September. Gegen die schriftliche Verpflichtung des Ausreiseverbots wird Attila Sellen-Dowshenko freigelassen. Drei Aktivisten bleiben noch hinter Gittern“.

In seinem Kommentar zur Festnahme der Aktivisten der Partei „Bratstwo“ stellte der Vorsitzende der gesellschaftlichen

Organisation „Edinoje otetschestwo“ (Einheitliches Vaterland), Walerij Kaurow, u.a. fest:

„Ich bin der Meinung, dass sich in der Ukraine massive politische Repressalien entfaltet haben, die auf die Beseitigung der Opposition abzielen. Die Verhaftungen besagen, dass es der „orangenen“ Macht um die Zerschlagung einer organisierten Opposition geht, die Widerstand leisten, das Volk mobilisieren und führen kann. Die Macht geht gegen die Opposition vor, indem sie Gerichtshöfe, das Innenministerium, die Staatsanwaltschaft sowie polizeiliche Knüppel einsetzt“.

Polizeibeamte verprügeln auf der friedlichen Aktion gesellschaftliche Vertreter

■ Am 24. August, dem Tag der Unabhängigkeit der Ukraine, hatten die Vertreter der

gesellschaftlichen Bewegung „Für eine Ukraine ohne Juschtschenko!“ vor, am Grab von Taras Schewtschenko in Donezk Blumen niederzulegen. Doch die Polizei vereitelte die geplante Aktion.

Wie darüber die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ berichtet, war der Koordinator der Bewegung „Für eine Ukraine ohne Juschtschenko!“, der Vorsitzende des Regionalen Donezkij Verbands der kleinen und mittelständischen Geschäftsleute, Alexander Chrjakow, auf eine derartige Entwicklung gefasst. Einige Tage vor dem Feiertag hätten Bewegungsaktivisten zahlreiche anonyme Anrufe entgegengenommen, dass während der friedlichen Aktionen und Versammlungen gewisse Personen, die von dem stellvertretenden Chef der staatlichen Donezkaja Regionaladministration beschirmt werden, Provokationen, Massennunruhen und Schlägereien seitens der Radaubrüder stattfinden könnten. In diesem Zusammenhang wandten sich die Aktionsorganisatoren mit offiziellen Schreiben an die Kraftstrukturen der Stadt und Region.

Herr Chrjakow erklärte: „Statt entsprechend ihrer direkten Pflichten die Veranstaltung in Schutz zu nehmen, provozierten die Vertreter der Rechtschutzorgane selbst eine Schlägerei, in der ich mir Körperverletzungen mittlerer Stufe zugezogen habe. Darüber hinaus wurde ich der Störung der Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der vermeintlichen Verprügelung von zwei Polizisten beschuldigt. All das wurde unternommen, um mich in Misskredit zu bringen und als Vorsitzenden der regierungskritischen Gesellschaftsbewegung „Für eine Ukraine ohne Juschtschenko!“ in das Gefängnis einzusperren.“

Nach diesen Ereignissen fingen bei Alexander Chrjakow und seinen Familienangehörigen Drohungen physischer Abrechnung an einzutreffen.

Streikposten mit Gummiknüppeln auseinandergejagt

■ **Am 13. September zerstörten die Mitarbeiter des Petscherskij Bezirkspolizeiamtes ein Zeltlager an dem Öffentlichen Sprechzimmer des Präsidenten der Ukraine.**

Wie die Zeitung „Kommersant-Ukraine“ mitteilte, hatten die Streikposten, die ihre unterschiedlichen Probleme lösen wollten, berichtet, am Vorabend sei Wiktor Juschtschenko zu ihnen heruntergekommen, habe versprochen, dass niemand ihre Zelte anpacken würde, und versichert, dass alle Fragen schnellstens gelöst würden.

Am gleichen Tag, gegen 21.00 Uhr, fuhr aber ein Traktor an das Öffentliche Sprechzimmer heran, das sich in der Schelkowitzschnaja Straße befindet. Danach erschienen etwa 20 Polizeibeamte. Diese Vertreter der Rechtschutzorgane schleppten die Zeltbewohner heraus. Dabei verprügelten sie mit Gummiknüppel alle, die sich zu wehren versuchten. Die Zelte wurden von den Polizisten auf den Traktoranhänger aufgeladen und abtransportiert. Die Streikposten bestätigten auch, dass die Polizisten zusammen mit den Zelten fast alle ihre persönlichen Sachen weggeschafft haben. Die ganze Operation beanspruchte nicht mehr als fünf Minuten.

Wie darüber die Internet-Ausgabe „Glawred“ berichtet, sei es zu einer direkten Schlägerei gekommen. Die Menschen wurden nicht nur verbal beleidigt, sondern mit Schlagstöcken verprügelt, darunter ein Körperbehinderter 2. Stufe.

Das Petscherskij Bezirkspolizeiamt teilte auf die Anfrage des Reporters der „Kommersant-Ukraine“ mit, die Zelte seien aufgrund einer Gerichtsentscheidung abgetragen. Doch wieso die Entscheidung ausgerechnet nachts durchgeführt werden sollte, verweigerte das Polizeiamt eine Aussage.

DRUCK AUF UNTERNEHMER

Rechtschutzorgane suchen einen bekannten Geschäftsmann einzuschüchtern und zu diskreditieren

■ **Am 16. August haben die Mitarbeiter der Rechtschutzorgane eine Durchsuchung in der Residenz von Rinat Achmetow durchgeführt – in einem Hotelkomplex, den der Industrielle bei der „Lux“ AG mietet. Während dieser Operation wurden Dokumente sowie elektronische Datenträger beschlagnahmt. An der Durchsuchung nahmen etwa 80 Personen teil, u.a. Angehörige der Sondereinheit „Berkut“, und ein Schützenpanzerwagen.**

Die Donezker Gesellschaft „Lux“ ließ eine Mitteilung verbreiten, in der u.a. festgestellt wird: „Als Vertreterin des ukrainischen Mittelstandes führt die „Lux“ alle verbindlichen Steuern ab und beachtet streng die Gesetzgebung der Ukraine bei der Abschließung jeglicher Geschäfte. Da sich die betreffenden Immobilien im Eigentum der „Lux“ befinden, - Rinat Achmetow mietet für seine Residenz einen Gebäudeteil davon, - ist die Durchsuchung nichts anders als Druckversuch auf den größten ukrainischen Industriellen zwecks seiner Diskreditierung einzuschätzen.“

Der Rechtsanwalt von Rinat Achmetow, Juri Woropajew, unterstrich, er betrachte die Durchsuchung als einen Akt der Willkür, dessen jede Etappe unter Missachtung der



Rinat Achmetow

ukrainischen Gesetzgebung vonstatten gegangen war.

Insbesondere verweist der Rechtsanwalt darauf, die Durchsuchung in den Räumlichkeiten, die Rinat Achmetow bei der „Lux“ AG mietet, sei ohne diesbezügliche Gerichtsanktion durchgeführt worden. Sie lief im Rahmen eines strafrechtlichen Verfahrens, zu dem Achmetow keinen Bezug habe. Der Geschäftsmann habe ebenfalls keinen Bezug zur betreffenden Firma: „Er ist weder Gesellschafter, noch Eigentümer, noch Aktionär der „Lux“ AG.“

Darüber hinaus, stellte Juri Woropajew fest, wurde der Durchsuchungsbefehl auf die juristische Adresse der „Lux“ AG ausgestellt (Donezk, Postyschewa Straße 117), während die Durchsuchung selbst an einer anderen Adresse lief (Donezk, Iljitscha Straße 108) - in den Räumlichkeiten, die zwar die Firma besitzt, aber von Rinat Achmetow gemietet werden.

Er fügte hinzu, der Vertretern der

Rechtsschutzorgane sei ein Mitvertrag vorgelegt worden, deshalb hätten sie kein Recht, die Residenz des Geschäftsmannes zu betreten.

Der Rechtsanwalt vermerkte auch, dass die Durchsuchung von bewaffneten Personen in Gesichtsmasken durchgeführt wurde, die psychologischen und physischen Druck aus das Dienstpersonal ausübten, das sich zum Zeitpunkt im Gebäude befand. Nach seinen Angaben, beteiligten sich an der Durchsuchung etwa 80 Rechtschützer, die sich nicht vorstellen wollten.

Woropajew unterstrich, die Durchsuchung sei parallel in mehreren Räumlichkeiten gelaufen und in den meisten Fällen ohne beistehende Zeugen.

Juri Woropajew erklärte, er halte die durchgeführte Haussuchung für eine im voraus geplante ungesetzliche Aktion, die auf die Einschüchterung Rinat Achmetows abzielt.

Nach Meinung des Geschäftsführers des demoskopischen Dienstes „Ukrainskij barometr“ Wiktor Neboshenko, „stellt die Durchsuchung höchstwahrscheinlich einen Versuch dar, Achmetow zur Landesflucht und Nicht-Rückkehr zu zwingen“.

Rinat Achmetow, der zu den fünf einflussreichsten Ukrainern gehört, ist es gelungen, tatsächlich ein kolossales Geschäftsimperium aufzubauen. Seine Firma, die System Capital Management, umfasst Metallhütten, Kohlengruben, Bergbau-Aufbereitungskombinate, Banken, Fernsehanstalten, Bierbrauereien, Telekommunikationsunternehmen und viele andere noch. Gesamt sorgen sie für 10 Prozent des Bruttozialprodukts der Ukraine. Solch eine Gesellschaft schmeckt offensichtlich wie ein Leckebissen für zu viele Personen in der Ukraine und außerhalb. Doch es erscheint kaum machbar, fremdes Eigentum auf legitimen Wege und schnell zu enteignen. Es wäre deshalb bedeutend leichter, eine einzige Person zu neutralisieren, den Eigentümer. Durch allerlei

Methoden: Diskreditierung, Verhaftung oder Emigrationszwang. „Und dann, nachdem die Gesellschaft „enthauptet“ ist, könnte man sie Schritt für Schritt sein Eigen zu nennen oder einfach vernichten“, schreibt dazu die Zeitung „Ukrainskaja investioznaja gazeta“.

Diese Ereignisse sind nicht anders als zielgerichtete Demonstration ihrer Möglichkeiten durch die neue Macht einzuschätzen. Rinat Leonidowitsch solle jetzt für seine Unterstützung Janukowitschs zahlen. Obwohl sich jetzt seine Strukturen demonstrativ von der Partei der Regionen und ihren Vorsitzenden distanzieren, konnte er sich vor Vergeltungsaktionen nicht absichern.

Druck auf Geschäftsmann, der eine Oppositionspartei unterstützt

■ **Auf der Pressekonferenz zum Thema „Politische Repressalien in der Ukraine am Beispiel eines Unternehmens“ ging es um das private Unternehmen „Kolibris“, das vom Volksabgeordneten der dritten Legislaturperiode, Mitglied der Partei der Regionen, Walerij Siblew, gegründet wurde.**

Nach Bericht der Internet-Ausgabe „Polit-Terror“, erzählten auf dieser Pressekonferenz der Geschäftsführer des privaten Unternehmens „Kolibris“ Maxim Matwijenko und sein Rechtsberater Aleksej Matschinskij den anwesenden Journalisten über die besorgniserregende Situation um diese Gesellschaft.

Seit Februar 2005 sei das private Unternehmen „Kolibris“ von der Flutwelle unterschiedlicher außerplanmäßiger Prüfungen buchstäblich überschwemmt worden. Der Rechtsanwalt bestätigt eindeutig, dass sie unter grober Verletzung der beste-

henden ukrainischen Gesetzgebung initiiert werden.

Der Rechtsanwalt ist besorgt, dass das Unternehmen aus den gemieteten Räumlichkeiten ausgewiesen werden könnte, in diesem Fall würden über 130 Mitarbeiter der Firma auf die Straße gesetzt.

„Aus dem Munde des Präsidenten konnte ich mehrmals vernehmen, es würden keine Verfolgungen aus politischen Motiven zugelassen. Doch es gibt sie in Wirklichkeit“, sagte der Geschäftsführer des privaten Unternehmens „Kolibris“ und Mitglied der Partei der Regionen Maxim Matwijenko. „Ich war bei Gerichtsverhandlungen anwesend, um zu schauen, wie es bei uns mit der Rechtsprechung funktioniert. Allen Argumenten der privaten Unternehmer, geschweige denn eines oppositionellen, schenkt man kein Gehör, sie werden einfach nicht akzeptiert“.

Wie der Rechtsanwalt in bezug auf das private Unternehmen „Kolibris“ behauptet, seien die Verfassung der Ukraine, das Gesetz über den staatlichen Dienst, das Gesetz über die Polizei, das Gesetz über den Steuereinsatz, zahlreiche Dekrete des Präsidenten und Beschlüsse des Ministerkabinetts missachtet worden.

Unternehmerrechte mit Hilfe des Generalstaatsanwalts der Ukraine verletzt

■ **Auf der Pressekonferenz zum Thema „Ukrainische Korruption in Aktion“ kritisierte der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Bekämpfung des Organisierten Verbrechens, Wladimir Stretowitsch, die Tätigkeit der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine und deren Leiters Swjatoslaw Piskun auf das schärfste**

Wie darüber die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, sei er insbesondere auf



Wladimir Stretowitsch

die Konfliktsituation zwischen der Belegschaft des „Nowoukrainskij kombinat chleboproduktow“ und dem Pächter dieses Kombinats, der „Planeta investizij“ GmbH eingegangen.

Die „Planeta investizij“ GmbH habe im Oktober 2004 das Kombinat in „operative Pacht“ für eine Frist von 11 Monate genommen, doch jetzt „wird es bereit für 10 Jahre gepachtet, indem man aus dem Betrieb alle vorhandenen Produktionsressourcen aussaugt“.

Das Kombinat in Nowoukrainka sei augenblicklich „ausgeblutet“, weil das gesamte Umsatzkapital nach kriminellen Schemas ausgepumpt ist, und man habe sogar den frechen Versuch unternommen, den Geschäftsführer des Betriebes, W. Gulawskij, seines Postens zu entheben.

Wladimir Stretowitsch machte aufmerksam, dass die Gesellschafter der „Planeta investizij“, Juri Tryndjuk, Swetlana Piskun, Angelika Grek und Ludmila Asarowa freundschaftlich oder verwandtschaftlich mit höchsten Amtsträgern des Staates verbunden sind, u.a. mit Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun.

Wie der Volksabgeordnete erklärte, „liegt der Schluss nahe, dass es sich um eine organ-

isierte Verbrechergruppe handelt, die sich eine Reihe von Getreidesammelstellen und Getreideverarbeitungsbetriebe bemächtigte, deren Anteil im entsprechenden Wirtschaftssegment etwa ein Fünftel beträgt. Der Ausschuss erblickt darin Merkmale der Korruption. Wie die bekannt gewordenen Tatsachen bestätigen, geschieht dies alles mit unmittelbarer Unterstützung des jetzigen Generalstaatsanwalts, der in die Korruptionsschemas tief „eingetaucht“ ist. An der Spitze dieser organisierten Verbrechergruppe steht also eine Amtsperson, die auf die Einhaltung der Gesetzlichkeit im Staat zu achten hat, und eben deshalb fallen die entsprechenden juristischen Prozeduren äußerst kompliziert aus“.

Stretowitsch verlas seine offizielle Anfrage an den Präsidenten der Ukraine, in der er den Konfliktkern darlegte, seine Figuranten benannte und W. Juschtschenko bat, die Tätigkeit der vom Ausschuss gegründeten Untersuchungskommission persönlich zu unterstützen.

Über die von ukrainischen Behörden inspirierte bewaffnete Erstürmung wird im Kongress der USA berichtet

■ Die Ergreifung des Gebäudes der „Sewerodonezkoje objedinenije „Asot“ AG durch bewaffnete Personen, die sich am 3. September vollzog, rief eine tiefe Besorgnis unter ausländischen Investoren ein

Die Zeitung „Komsomolskaja pradwa w Ukraine“ zitiert aus diesem Anlass den Präsidenten der Gesellschaft IBE Trade Corp. Alex Rowt:

„Das Ministerium für Industriepolitik verfolgt offensichtlich zwei Aufgaben: den Geschäftsführer des gemeinsamen

staatlichen Unternehmens (SGPP) „Asot“ zu wechseln sowie das gesamte Eigentum der „Asot“ AG auf das SGPP zu überführen. Doch die geschlossene AG und das SGPP sind zwei unterschiedliche Gesellschaften, deshalb muss die Eigentumsüberführung im rechtlichen Rahmen ablaufen, nach entsprechenden Dokumenten, im Falle der Betriebsauflösung. Wir aber hatten keine Absicht, die AG zu liquidieren, es ging nicht einmal um die Bildung einer Liquidationskommission. Was augenblicklich im Betrieb passiert, kann nur als Willkür bezeichnet werden. Uns wurden nicht einmal die Dokumente vorgelegt, weshalb wir das Eigentum zu übergeben hätten“.

Alex Rowt brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Staat mit gewaltsamen Ergreifungsmethoden Schluss machen und eine zivilisierte Verfahren zur Regelung von Streitigkeiten vorschlagen werde.

Der Rechtsanwalt der „Sewerodonezkoje objedinenije „Asot“ AG Alexander Mosin stellte fest:

„Die Erstürmung, die bewaffnete Personen in Polizeiuniform unternahmen, d.h. Soldaten der Inneren Truppen im Grundwehrdienst, wird auf der Tätigkeit des Betriebes negativ auswirken. Wenn sich schon das Innenministerium auf die Seite der Gesetzverletzer stellt, wer würde sich dann so mutig zeigen, die Rechte der ausländischen Investoren zu schützen?“.

Es spricht der Vizepräsident der Gesellschaft Worldwide Chemical LLC und der ehemalige Kongressabgeordnete James William Grant:

„Wir arbeiten jetzt an einem Memorandum, mit dem wir im Kongress der USA auftreten. Unsere Aufgabe sehen wir darin, dem Präsidenten die ukrainischen Ereignisse vorzutragen. Sie sind doch eine Art Prüfung für die Investitionsverhältnisse zwischen unseren Ländern. Wenn unsere Gesellschaft so unfreundlich behandelt wird, bestehen ebenfalls für andere Unternehmen keine Garantien“.

XENOPHOBIE

Antisemiten verprügelten in Kiew einen Studenten der Jüdischen Universität brutal

■ Am 28. August, gegen 23.00 Uhr hat eine Gruppe von Jugendlichen in einer Unterführung im Stadtkern Kiews den 32-jährigen Kiewer, den Studenten der Jüdischen Universität (yeshiva) Mordehai Molozhenov brutal verprügelt.

An der Ieshiva bei der zentralen Brodsky-Synagoge werden Rabbiner.

In seinem Interview der Zeitung „2000“ berichtete der Hauptrabbiner der zentralen Brodsky-Synagoge Rebbe Moshe-Reuven Azman wie folgt:

„Ich war am Ort eine halbe Stunde später, nachdem sich der Vorfall ereignet hatte. Da sah ich eine große Lache von Blut, eine kaputte Flasche, mit der wahrscheinlich Mordehai geschlagen worden war. Als zwei Studenten von uns aus einem Geschäft hinausgingen, hörten sie nach Worten des Zeugen dieses Vorfalls, eines Freundes von Mordehai, Asaria Menaker, Aufschreie der daneben stehenden 7 oder 8 Jugendlichen: „Judas! Judas!“. Die Jugendlichen liefen den Studenten nach. Als die beiden durch die Treppe die Unterführung erreichten, wurden sie von hinten angegriffen. Die Jugendlichen schlugen auf sie mit Bierflaschen und riefen antisemitische Parolen aus. Asaria und Mordehai trugen traditionelle Kleidungsstücke der gläubigen Juden.

Das Innenministerium ließ die Mitteilung über die Festnahme von einigen Personen verbreiten, die sich an dem Verbrechen beteiligt hatten. Es gehe um zwei



Die Ärzte retten Mordehai Molozhenov

Einwohner Kiews, Jahrgänge 1985 und 1987, sowie einen Einwohner des Bilosirskij Kreises, Chersonskaja Region. Nach der Festnahme würden sie in die Isolierhaft eingeliefert. Einzelheiten und Motive des Verbrechens wären noch zu ermitteln. Doch, wie ein Vertreter des Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums erklärte, fehlten augenblicklich die Beweise, dass die Straftat auf zwischennationaler Grundlage verübt worden ist und antisemitischen bzw. xenophoben Charakter trägt. Das Innenministerium sprach seine Anteilnahme mit dem leidtragenden Menschen, seinen Verwandten und der gesamten jüdischen Gemeinde Kiews aus und versprach alle Maßnahmen zu ergreifen, damit sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen.

Die Zeitung „2000“ macht aber darauf aufmerksam, dass es sich in der offiziellen Mitteilung um drei Burschen handelt, während am Montag über sieben oder acht die Rede war. Das strafrechtliche Verfahren sei auch aufgrund des Artikels 296, Teil 2, des Strafgesetzbuches eingeleitet (Rowdytum in Gruppe), doch das Verbrechen könnte eventuell nach dem Artikel 121, Teil 2, umqualifiziert werden (vorsätzliche schwere Körperverletzung in Gruppe),

der einen Freiheitsentzug von 7 bis 10 Jahren nach sich zieht.

Die Rechtsanwälte aber, die sich die Zeitung „2000“ mit der Bitte um Kommentare gewandt hatte, stellten fest, dass sich auf den Tatbestand auch der Artikel 161 des Strafgesetzbuches erstreckt: Verstoß gegen die Gleichberechtigung der Bürger aufgrund ihrer nationalen, konfessionellen bzw. Rassenzugehörigkeit. Nach dem Teil 3 dieses Artikels „werden vorsätzliche Handlungen, die auf Schürung der zwischen-nationalen, Rassen- bzw. Religionszwistigkeiten und des Hasses oder auf die Erniedrigung der nationalen Ehre und Würde abzielen, mit Freiheitsentzug von zwei bis fünf Jahren bestraft, wenn sie von organisierter Tätergruppe verübt sind und Tod bzw. andere schwerwiegende Folgen nach sich gezogen haben“. Es kommt aber nicht darauf, dass dieser Artikel im Vergleich zum Artikel 121 milder ausfällt. Es geht um eine adäquate rechtliche Einstufung dieser Tat. Wird sie heute nicht getätigt, kann sich Ähnliches wiederholen, nur in einer bedeutend schlimmeren Version.

Der Haupttrabbiner der zentralen Brodsky-Synagoge Rebbe Moshe-Reiven Asmann setzt fort:

„Als vor einigen Jahren die Synagoge angegriffen wurde, behauptete die Polizei anfangs über stürmische Ausgelassenheit der Fußballfans. Auch diesmal, als ich vor Ort war, redete ein Polizeimajor auf mich ein, na ja, es wären Jugendliche vom Maidan der Unabhängigkeit, wo am Sonntag ein großes Konzert stattfand. Von Anfang an versucht man sich an dieser Auslegung zu halten. Man will nicht akzeptieren, dass es Probleme mit Antisemitismus gibt und ausgerechnet er den Grund für die Verprügelung lieferte. In den letzten Jahren verzeichneten wir mehrere ähnliche Taten, u.a. wurde an der Synagoge Uri Wanstein abgegriffen, und eine gewisse Zeit danach – ein Lehrer. Einen Studenten der Ieshiva umzingelte mal eine Gruppe von faschis-

tischen Jugendlichen, die ihm den Bart anzündeten. An den Wänden der Synagoge werden antisemitische Parolen gepinselt. Und die Polizei schreibt das auf das gewöhnliche Rowdytum ab. Gleichzeitig werden in Kiew antisemitische Bücher und Broschüren frei vertrieben, sie sind in den meisten offiziell zugelassenen Kiosken vorhanden“.

Es berichtet Ilja Levitas, Präsident des Judenrates und des Rates der nationalen Gemeinden der Ukraine:

„Wie auch die gesamte jüdische Öffentlichkeit, mahnt dieser Vorfall mich persönlich zur äußersten Vorsicht. Viele Jahre lang behandelten wir einzelne Fälle des Antisemitismus in unterschiedlichen Städten zurückhaltend, wir versuchten, ihre Bedeutung nicht zu übertreiben. Wir observieren Presseberichte über alle Aspekte der zwischennationalen Beziehungen, nicht nur in bezug auf Juden, sondern auch Moldawier, Tataren, Georgier und so weiter. Natürlich dominieren positive Berichte, was für loyale und tolerante Verhältnisse zwischen den Nationen in der Ukraine spricht. Es gibt im Lande keinen staatlichen Antisemitismus, und die neue Macht hat mehrmals ihre Abneigung gegen xenophobe Stimmungen unterstreicht. Doch in der letzten Zeit aktivieren sich auch dunkle Kräfte. Es geht bereits nicht um einen Löffel, sondern um einen ganzen Eimer Teer in den Honigfass.“

Viele Jahre lang passierten wir den Maidan der Unabhängigkeit, auf dem böswillige xenophobe Literatur vertrieben wurde. Wir sahen, dass danach keine Nachfrage herrscht. Doch jetzt entstanden in ganz Kiew Kioske, in denen zielgerichtet Broschüren der MAUP* mit menschenfeindlichem Inhalt verkauft werden. Wer hat dafür „grünes Licht“ gegeben?

* MAUP – Zwischenregionale Akademie für Personalmanagement, eine ukrainische Hochschule

Rabbiner und sein Sohn angegriffen

■ Am 11. September überfiel auf dem Ausstellungsgelände „Expo-Centrum Ukraine“ eine Gruppe kahlgeschorener Jugendlicher in Skinheaduniformen, die zuvor „Heil Hitler!“ und „Schlagt Judas!“ ausgerufen hatten, den Rabbiner Michael Menis mit Sohn und verprügelte sie.

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, eilte sich ein Passant den Verprügelten zur Hilfe, und danach ergriffen die Nazis die Flucht. Es wurde eine Streife von „Berkut“ angerufen, die die Angreifer noch auf dem Ausstellungsgelände fassen konnte.

Michael Menis, Rebbe Moshe ist ein israelischer Bürger. Er wurde in Moskau geboren, verlebte mehrere Jahre in der Ukraine und emigrierte 1977 nach Israel. Nach Kiew kehre er 1989 zurück, wurde hier Rabbiner in der Kiewer Synagoge, dann israelischer Konsul in der Ukraine und Leiter der Vertretung des israelischen Ministeriums für Konfessionsfragen in der Ukraine. Augenblicklich ist er im israelischen Konsulat in Deutschland tätig. Michael Menis gewährte der Zeitung „2000“ ein Interview, in dem er u.a. sagte:

„Nach Kiew bin ich zur Erholung gekommen. In den letzten 15 Jahren besuchte ich die Ukraine regelmäßig und konnte nichts Derartiges erleben: nicht einmal in kleineren Städten, geschweige denn in Kiew. Mit mir passierte nichts, trotz meines deutlichen jüdischen Aussehens. Doch als ich vor drei Wochen nach Dnepropetrowsk kam, musste ich mich wundern: die Stadt war mit antisemitischen Slogans wie „Schlagt Judas!“ bemalt. Und da tauchte eine unangenehme Vermutung auf, dass der Antisemitismus in der Ukraine zum Leben erweckt wird.

Am 11. September, einige Stunden vor dem Abflug meines Sohns aus Kiew, wollten wir



Michael Menis

einen kleinen Spaziergang durch das Expo-Centrum unternehmen. Plötzlich kam auf uns eine Gruppe halbbesoffener Burschen zu. Sie schlossen uns ein, fingen an uns zu beleidigen und wohlbekannte Parolen zu schreien wie „Heil Hitler!“, „Jüdische Fratzen!“, „Schlagt Judas!“ und so weiter. Sie waren acht Mann, etwa 18 bis 22-jährig. Alle waren absolut kahl geschoren, in armeeähnlichen Hemden und in Schnürschuhen mit ganz dicken Sohlen. Nachdem sie sich mit Schreien aufgeheizt hatten, fingen sie an mich und meinen Sohn zu schlagen.

Was mir danach, gelinde gesagt, unbegreiflich vorkam, dass die Polizei sechs der acht dieser Jugendlichen sofort freiließ. Obwohl mich vier davon verprügelt hatten. Dieser Fakt, dass in einem freien demokratischen Land Menschen nach diesem nazistischen Angriff feig gelassen werden, hinterlässt natürlich nur negativen Eindruck.

Ihre Aggression war doch nicht gegen mich als Person oder ein zufälliges Opfer gerichtet, dem man den Geldbeutel entwenden könnte. Das war eine nazistische Aktion gegen das jüdische Volk als solches. Hass auf andere Nationen, Xenophobie machen ein katastrophales Böse aus, das sich heute auf die Ukraine zu übergreifen sucht“.

DISKRIMINIERUNG NACH SPRACHPRINZIP

Ukrainische Musiker und andere Kulturschaffende nach Sprachprinzip diskriminiert

■ Dem populären ukrainischen Rockband „Green Gray“ wurde zum erstenmal in seiner 14-jährigen Geschichte ein Konzert in Jalta verweigert, es wurde auch zum Konzert in Kiew anlässlich des Unabhängigkeitstages nicht zugelassen. Der Grund: sein Repertoire an Liedern klingt russisch.

Nach Mitteilung der Internet-Ausgabe „Polit-Terror“, veranstalteten die Musiker eine Pressekonferenz, auf der sie ihre Initiierung der gesellschaftlichen Protestaktion „Unser Recht auf unser Wort, auf unsere Sache“ gegen die Verbotspraktiken der Macht bekannt gaben.

Die Kulturschaffenden gaben ihrer Empörung Ausdruck, dass die Musikveranstaltung in Jalta auf einen Anruf des Ministers für Verkehrswesen hin verboten worden sei. Als Vorwand diente die Tatsache, dass die aufgestellte Bühne teilweise an das Hafengelände angrenzte, das vom Ministerium verwaltet wird. Der technische Leiter des Konzerts und die Monteure wurden festgenommen und in die Isolierhaft eingesperrt. Aus allen politischen Kräften setzte sich allein die SDPU(V) für die Freilassung der Gefangenen ein.

„Der wahre Grund für die Konzertsabsage bestand aber darin, dass auf der Krim Präsident Wiktor Juschtschenko anwesend war,

und er wollte uns nicht, wir wären für ihn und seine Gäste ein Dorn im Auge gewesen“.

Die Musiker zeigten sich besorgt über Fakten der Vernachlässigung der russischen Sprache in der Ukraine. Sie berichteten über Zuschauer in Simferopol, die während ihrer Darbietung in Sprechchören ausgerufen hatten: „Unser Recht auf Russisch!“. Sie betonten, sie seien nicht gegen das Ukrainische, doch gegen seine zwangsweise Durchsetzung in den russischsprechenden Regionen. Dies schätzten sie als „grobe und arrogante Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Menschen“ ein.

Im Rahmen seiner Tournee in Kiew angekommen, musste das „Green-Gray“-Band erfahren, dass es aus dem Konzertprogramm anlässlich des Unabhängigkeitstages gestrichen sei. Diese Entscheidung wurde vom Künstlerischen Leiter der gesellschaftlichen Organisation „Ukraine twortschekaja“, Wasilij Wowkun, getroffen. Der letztere habe den Musikern darauf hingewiesen, dass „die Gruppen persönlich vom Präsidenten unseres Landes bestätigt wurden“.

Die Musiker unterstrichen, sie positionieren sich als ukrainische Gruppe, die auf Russisch singt. Sie denken und schreiben ihre Texte russisch, was sie aber daran nicht stört, sich für Ukrainer zu halten und Kiew zu lieben, in dem sie geboren und großgewachsen sind.

Die Vertreter des Show-Business bekundeten ihre Achtung und den Dank der SDPU(V), die die Rockgruppe in Jalta sowie die Protestaktion „Unser Recht“ unterstützten. Wie sie ferner mitteilten, leisten ihnen die Sozialdemokraten auch rechtlichen Beistand bei der Vorbereitung der Dokumente, da sie sich gerichtlich gegen die Verletzung der Verfassung in bezug auf das „Green Gray“ vorzulegen planen. Insbesondere, meinen die Musiker, sei ihr „Recht auf Wort“ gelitten.

Die Musiker stellten fest: „Es besteht ein Programm für die Ukrainisierung des ganzen Landes. Unsere Regierung hat dazu exakte Pläne ausgearbeitet. Als Reaktion auf jegliche Kritik weiß sie nur eins – hinter Gitter! Das hat mit Demokratie nichts zu tun, es gibt keine Gleichberechtigung. Es gibt keine Freiheit der Wahl, des Wortes. Die samtene Revolution geht in eine samtene Diktatur über. Während unserer Tournee konnten wir sehen, wie Menschen gegen Umprofilierung der russischen Schulen in ukrainische protestieren. Mit anderen Worten reißen sie orangene Aufkleber von ihren Mündern ab. Es ist an der Zeit, definitiv den Status der russischen Sprache im Land festzulegen, damit keiner unsere verfassungsmäßigen Rechte zertreten darf“.

Der Leiter der „Green-Gray“-Gruppe Andrej Jazenko, alias Diesel, erschien auf die Pressekonferenz in einem grauen Anzug mit orangenen Streifen: nach seinen Worten, stilisiert er eine Häftlingsrobe. Vielsagend war auch der Videoclip der Gruppe, der zum Ende gezeigt wurde. Vom Bildschirm schauen Menschen mit zugeklebten Mündern her und erklingen die Worte: „Die Freiheit darf nicht nur der Hälfte des Volkes gehören. Unsere Freiheit könnt ihr nicht umwenden!“.

In seinem Interview der Zeitung „2000“ berichtete Andrej Jazenko weiter:

„Wir bereisen die Krim, indem wir die ganze Last der gesellschaftlichen Initiative „Unser Recht“ übernehmen. Wir veranstalten Touren zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung, die das Recht besitzt, russische Fernsehsendungen zu sehen und russische Lieder zu hören. Insbesondere in jenen Regionen, die seit alters her russisch sprechen. Wir verteidigen nicht die Vorteile einer Sprache vor der anderen, allein die Möglichkeit zu wählen, damit den Bürgern der multinationalen Ukraine nichts aufgezwungen wird. Wir sind dafür, dass sich die ukrainische und russische



Andrej Jazenko

Kultur gemeinsam entwickeln, doch nicht eine auf Kosten der anderen. Die zwangsweise Neigung zum Ukrainischen wird bereits so bedrohlich, dass das Boot umkippen könnte. Die Menschen, die aufgrund ihrer Arbeit oder künstlerischen Tätigkeit damit konfrontieren, merken das ganz deutlich“.

Die sozialdemokratische Partei der Ukraine (Vereinigte) stellt Diskriminierung der Bürger nach Sprachprinzip im Gerichtswesen fest

■ **Am 1. September traten die Artikel der Administrativen Prozessordnung, der Zivilen Prozessordnung und des Gesetzes der Ukraine „Über die Gerichtsordnung der Ukraine“ in Kraft, laut denen die Rechtsprechung auf dem ganzen ukrainischen Gebiet ausschließlich auf Ukrainisch erfolgen soll.**

In diesem Zusammenhang erklärt die SDPU(V) über eine „Diskriminierung der Bürger nach Sprachprinzip. Die Mehrheit der Bevölkerung könnte um eine äquivalente gerichtliche Verteidigung gebracht werden, da die neuen Gesetzesakte den Staat nicht verpflichten, den Prozessteil-

nehmern Dolmetscher- und Übersetzerleistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Prozessteilnehmer, die der Staatssprache nicht mächtig sind, müssen für diese Leistungen auf eigene Kosten aufkommen - die Fälle ausgenommen, in denen das Gericht über ihre Unmöglichkeit entscheiden, diese Leistungen zu bezahlen. Das stellt die Bürger der Ukraine in ungleiche Bedingungen vor dem Gesetz, schränkt ihre Rechte auf das bedeutendste ein“.

Wie die SDPU(V) ebenfalls verzeichnet, würde die Abwesenheit eines zivilisierten Ausbildungssystems vereidigter Dolmetscher und Übersetzer zu „zahlreichen Fehlern in Gerichtsverfahren führen und den Rechtsnihilismus verschlimmern, der heute ohnehin in der Ukraine herrscht. Mehr noch: das kann ethnisch-kulturelle Konflikte herbeiführen“.

In der Erklärung wird auch festgestellt, dass diese Entscheidung der Strafgesetzzordnung widerspricht, deren Artikel festschreiben, dass Gerichtsverhandlungen in der Sprache der meisten Bevölkerung der betreffenden Region durchgeführt werden können. Sie befindet sich auch im Widerspruch zur Europäischen Charta der regionalen Sprachen, die von der Ukraine ratifiziert worden ist.

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Dem Journalisten wurde mit physischer Abrechnung gedroht

■ **Nach Mitteilung der Zeitung „Wetschernije westi“ stellte man etwa 40 ukrainischen Journalisten auf einer Pressekonferenz am 22. August die Frage, wer bislang keine Bedrohungen der physischen Abrechnung für seine professionelle Tätigkeit erlebt habe? Es erhoben sich nur zwei Hände.**

Den Anlass für diese mediale Veranstaltung lieferten die Drohungen an die Adresse der Reporterin der erwähnten Zeitung, Ludmila Baschkirowa.

Darüber berichtet sie selbst:

„Am 13. August, als ich in der Kretschatik* mit Tochter und Schwiegersohn spazieren ging, rief mich ein unbekannter Mann auf das Handy an - auf dem Display leuchtete die Vorwahlnummer der Stadt Cherson auf. Ohne sich vorgestellt zu haben, fing der Unbekannte ein liebes Gespräch an. Dann wurde er schon deutlicher: man habe schon genug über Silenkow geschrieben, das reiche schon, für gutes Geld ließe sich auch ein Dementi veröffentlichen, nicht wahr“.

Als Baschkirowa es ablehnte, hagelte es mit Drohworten. Der Journalistin wurde versprochen, sie „in den Asphalt einzuwalzen“ und „sich mit ihrer Tochter anschaulich zu beschäftigen“. Als die

Baschkirows daheim zurückkehrten, fanden sie auf dem Tisch am Fenster ein Paket. Darin lag ein großer Pflasterstein, in eine Zeitung mit dem Artikel über Silenkow eingepackt.

Ludmila ist jetzt dem Nervenzusammenbruch nahe. Sie fühlt sich keinesfalls in Sicherheit, auch wenn sie bereits die Staatsanwaltschaft und den Sicherheitsdienst angerufen hat: „Ich fürchte um mein eigenes Leben sowie um das Leben meiner Kinder“.

Die Drohungen erfolgten nach der Veröffentlichung ihrer kritischen Beiträge, in denen die Arbeit der jetzigen Leitung der Chersonskaja Region beleuchtet wurde, insbesondere ihres Gouverneurs, Boris Silenkow.

Amerikanische Journalistin in Kiew angegriffen

■ **Wie die Nachrichtenagentur „Interfax-Ukraine“ mitteilt, sei die amerikanische Journalisten Mary Missio von einem Unbekannten in dem Augenblick angegriffen worden, als sie ihre Wohnung verließ.**

Der Täter versetzte der Amerikanerin einige Schläge gegen den Kopf und musste die Flucht ergreifen, nachdem sie sich zur Wehr gesetzt hatte. Missio wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die Person des Täters und seine Motive werden augenblicklich ermittelt.

Seit 1999 leitet Missio ein Rechtsschutz- und Weiterbildungsprojekt für Journalisten. Unter ihrer Führung werden in der Ukraine zahlreiche Allgemeinbildungsprogramme für Journalisten, Rechtsberater und Anwälte verwirklicht, die sich im Bereich der Massenmedien und des Pressefrei-

* Kretschatik - die zentrale Straße Kiews

heitschutzes spezialisieren. Darüber hinaus werden Beratungen für die Massenmedien und Journalisten veranstaltet, die von Rechtschutzorganen bedrängt werden. Gleichzeitig schreibt Missio als freischaffende Reporterin für große englischsprachige Ausgaben, u.a. The Los Angeles Times, Newsday, The European, OMNI, The Kiev Post, The Jewish Monthly.

Für Veröffentlichung der Agitationsbeiträge Zeitungsredakteur zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt

■ **Wie die Zeitung „Kiewskije wedomosti“ mitteilt, wurden in der Wochenzeitung „7 dnej“ am 19. November 2004 zwei Artikel veröffentlicht. Sie trugen die Titel: „Politische Ziele des Präsidenten Janukowitsch“ und „Politische Ziele Juschtschenkos“, und waren von der regionalen Organisation der Partei der Regionen bestellt und bezahlt worden. Im Gesetz über die Präsidentenwahlen werden solche Texte als Agitationsmaterialien in der Wahlkampagne, und nicht als Werbetexte, ausgelegt, deshalb durfte die Redaktion in Person des Chefredakteurs, Wasilij Gerus, ihre Veröffentlichung nicht ablehnen.**

Die Staatsanwaltschaft der Stadt Rowno meinte aber, der Beitrag über Juschtschenko schüre den nationalen Zwist und Hass sowie schmähe er die nationale Ehre und Würde der Bürger der Ukraine. Auf ihre Anklage verurteilte das Stadtgericht

am 21. Juli 2005 Wasilij Gerus zu drei Jahren Freiheitsentzug, doch später setzte das Gericht sein Urteil aus und ersetzte es durch eine einjährige Bewährungsstrafe. Gegen das Urteil wurde im Appellationsgericht eine Berufung eingelegt, doch ist der Rechtsanwalt des Chefredakteurs der Meinung, die Sache müsse in eine andere Region übergeben werden, weil die Gerichte in der Rowenskaja Region kaum instande wären, gesetzeskonforme Entscheidungen zu treffen.

Die Generaldirektorin der Ukrainischen Assoziation der Zeitungsverleger, Lydia Molodezkaja, ruft deshalb die Journalisten auf, am Vorabend der Parlamentswahlen besondere Behutsamkeit zu üben. Ihre Assoziation richtete an den Präsidenten einen Offenen Brief, in dem u.a. festgestellt wird:

„Das strafrechtliche Verfahren gegen Wasilij Gerus fand in der einheimischen und ausländischen Presse ein breites Echo und trug unseres Erachtens nicht der Verbesserung des Erscheinungsbildes der Ukraine bei, als europäischer Staat, der hohen Standards der Pressefreiheit entspreche“.

Karpatoukrainische Journalisten protestieren gegen ungesetzliche Entlassung des Zeitungsredakteurs, der Interessen nationaler Minderheiten ausdrückt

■ **Das Kollektiv der in der Karpatoukraine erscheinenden ungarischsprachigen Wochenzeitung „Karpaty Iraz So“ ließ einen sogenannten „Brief der letzten Hoffnung“ verbreiten, in dem der**

regionale Gouverneur Wiktor Baloga der Versuche beschuldigt wird, sich die unabhängige ungarischsprachige Presse gefügig zu machen.

Wie die Zeitung „Denj“ mitteilt, geht es diesmal bereits um die zweite Runde des Konflikts zwischen der regionalen Macht und der „Karpaty Iraz So“, nachdem die staatliche Sakarpatskaja Regionaladministration im vergangenen April den Chefredakteur Elemir Kevsegy entlassen hat. Das Redaktionskollektiv will den neuernannten Chef nicht akzeptieren und erblickt in der ganzen Geschichte eine „Provokation ethnisch-nationalen Charakters, die gravierend die zwischenethnischen Verhältnisse und die Stabilität in der Region beeinflussen mag“, wie es in der Stellungnahme des Kollektivs heißt.

Der Vorstand der regionalen Medial-Gewerkschaft in Ushgorod, Wasilij Bedsira, teilte mit, die Zeitungsmitarbeiter hätten sich an die Gewerkschaft mit der Bitte um Schutz ihrer Rechte gewandt: „Das alte Kollektiv erscheint am Arbeitsplatz, arbeitet aber nicht und verlangt die Wiedereinstellung des ehemaligen Chefredakteurs“.

In Konflikt mit dem Gouverneur sind wegen gerichtlicher Klagen drei weitere regionale Zeitungen gekommen: „Starij samok-Palanok“, „Tishdenj. Nedelja“ und „RIO“. Mit diesen Medien liegt W. Baloga im gerichtlichen Streit, weil sie ein Interview mit dem Volksabgeordneten Sergej Ratuschnjak veröffentlicht haben, in dem der regionale Chef kritisiert wird.

Neues Gesetz erlaubt die Schließung der Massenmedien auf außgerichtlichem Weg

■ **Im neuen Gesetz „Über die Abänderungen des Gesetzes der Ukraine „Über die Wahlen der Volksabgeordneten der Ukraine“, das am 1. Oktober in Kraft treten soll, liegen offensichtliche Widersprüche zu der Staatsverfassung und den in der Uno-Charta deklarierten Menschenrechten.**

Wie dazu die Zeitung „2000“ schreibt, wird einfachen Wählern, Politikern, Volksabgeordneten, Experten und Journalisten während der Wahlkampagnen ausdrücklich untersagt, in unabhängigen Medien ihre Meinung über die Tätigkeit x-beliebiger Partei und x-beliebigen Parlamentskandidaten zu äußern, und zu ihnen, auch den negativsten und für die Gesellschaft gefährlichen Entscheidungen oder Handlungen Stellung zu nehmen. Sollte auch die Information darüber äußerst gewichtig für die Gesellschaft sein.

So lautet z. B. der Artikel 7, Teil 6, des neuen Gesetzes: „Den Massenmedien... wird während des Wahlprozesses in ihren Materialien und Sendungen untersagt... für oder gegen Parteien und Wahlblöcke, die von ihnen aufgestellten Abgeordnetenkandidaten zu agitieren sowie sie in irgendeiner Form zu begünstigen“. Im Artikel 68, Teil 12, wird des weiteren festgelegt: „Die Berichterstattung über den Wahlprozess hat in den Massenmedien aller Eigentumsformen... ohne Kommentare und Bewertungen zu erfolgen“.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass aufgrund dieser gesetzlichen Festlegungen jede Meinung über die Tätigkeit einer Partei oder eines Parteiblocks sowie eines von ihnen aufgestellten Kandidaten

nur als verbotener Kommentar, Bewertung oder Agitation eingestuft werden.

Der Teil 10 des gleichen Artikels geht aber noch weiter: „Bei Verstoß der Massenmedien gegen die Festlegungen der Teile fünf und neun dieses Artikels wird den Massenmedien auf Vorstellung der Zentralen Wahlkommission bzw. der entsprechenden Bezirkswahlkommission zeitweilig (bis Auslaufen des Wahlprozesses) die Gültigkeit der Lizenz oder die Ausgabe (die Ausstrahlung) durch die gesetzlich festgelegte Verfahrensweise eingestellt“. Es wird besonders hervorgehoben, dass dafür keine Gerichtsentscheidung vonnöten ist.

Wie der erwähnte Teil 5 besagt, reiche für die Schließung u.a. „jegliche Verbreitung der Materialien, die Eingriffe in Rechte und Freiheiten des Menschen enthalten“, während der Teil 9 präzisiert: „Die Verbreitung wissentlich falscher oder verleumderischer Angaben über eine Partei (einen Parteiblock) als Subjekt des Wahlprozesses bzw. einen Abgeordnetenkandidaten ist untersagt“.

Wer sollte aber bestimmen, dass veröffentlichte Berichte „Eingriffe in Rechte und Freiheiten des Menschen“ bzw. „falsche Angaben“ über Kandidaten, geschweige denn „verleumderische“, enthalten, wenn das Gericht vom Begutachten ausgeschlossen wurde? Offensichtlich kann eine Wahlkommission ihr volles Recht haben, für die Frist der Wahlkampagne jedes Massenmedium zu schließen. Doch nach vier Monaten seiner Abwesenheit im Informationsraum, insbesondere während des für das Land wichtigsten Wahlprozesses, kann jedes Medium ins Archiv angelegt werden, schließt die Wochenzeitung „2000“ ab.

Igor Lubtschenko, Vorsitzender des Nationalen Journalistenverbands der Ukraine:

„Das Gesetz schreibt die Normen vor, denen der Nationale Journalistenverband

der Ukraine aus grundsätzlichen Gründen nicht zustimmen kann. So darf z. B. der Journalist keine Presskonferenzen, Erklärungen und Aussagen der Angeordnetenkandidaten und vieles andere noch kommentieren. Wir sind überzeugt, dass damit das gesellschaftliche Interesse und der Zugang der Öffentlichkeit zu allseitigen Informationen über ihre Vertreter eingeschränkt wird, die von ihnen in das höchste Gesetzgebungsorgan gewählt werden. Wir sind sicher, dass der Gesetzgeber exakt festlegen sollte, wer diese falschen oder verleumderischen Angaben verbreitet haben könnte. Geht es um den Wahlstab einer Partei oder eines Blocks, so hat es der Wahlstab selber zu verantworten, bis zum Ausschluss dieser Partei oder des Wahlblocks vom Wahlprozess. Hat es unmittelbar die Redaktion eines Massenmediums auf eigene Initiative gemacht, so kann dieses Medium die verbreiteten Angaben dementieren oder eine andere Strafe tragen, aber keinesfalls darf das Massenmedium geschlossen werden, auch zeitweilig. Die Zeitungen oder Zeitschriften werden von vielen Menschen im voraus abonniert und müssen in der abgestimmten Frist geliefert werden. Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Rundfunkkanäle informieren Bürger über viele andere gesellschaftlich bedeutsame Probleme, deshalb heiß ihre Schließung, die Rechte der Bürger auf Information einzuschränken, und für die Journalisten, die in diesen Massenmedien tätig sind, ihr Recht auf Berufsausübung zu verlieren“.

Sergej Kitschigin, Chefredakteur der Zeitung „2000“:

„Da die heutige Zusammensetzung der Zentralen Wahlkommission bekannt ist, kann man mit Sicherheit voraussagen, dass die einzigartige Chance, die das Gesetz für die Schließung der der Macht nicht

gefälligen Massenmedien gewährt, in vollem Umfange wahrgenommen wird. Um die vom Staat deklarierte Pressefreiheit doch zu erhalten, aber dabei die Verbreitung wirklich lügnerischer Informationen zu unterbieten, hätte die Werchowyna Rada für die Wahlperiode eine, sagen wir, beschleunigte Prozedur vorsehen können, nach der man in Gerichten über strittige Publikationen verhandelt. Doch unsere Parlamentarier zogen es vor, eine solche für die moderne demokratische Gesellschaft grundlegende und in die ukrainische Gesetzgebung aufgenommene Norm zu streichen, wie das ausschließliche Recht des Gerichts, die Tätigkeit der Massenmedien einzustellen bzw. zu schließen“.

Wladimir Skatschko, Chefredakteur der Zeitung „Kiewskij telegraf“:

„Teil 10 des Artikels 71 des neuen Gesetzes stellt eine Absage reinen Wassers von der Deklaration über Meinungs- und Pressefreiheit, die einst vom Maidan verlautet wurde, weil er unbegrenzte Möglichkeit für den Einsatz der administrativen Ressource im Kampf gegen die Massenmedien schafft. Es liegt doch klar auf der Hand, dass wir ein unreformiertes Gerichtswesen und kontrollierte Wahlkommissionen haben, die im Auswahlverfahren funktionieren. Eine solch mangelhafte Rechtsnorm erlaubt den Beamten, sie wie eine Deichsel einzusetzen – in erwünschter Richtung, gegen nicht gefällige Journalisten oder Massenmedien“.

Nikolaj Sakrewskij, amtierender Chefredakteur der Zeitung „Kiewskije wedomosti“:

„Das juristische Konstrukt über „wissentlich verleumderische Angaben“, das Teil 10 des Artikels 71 enthält, stellt eine offensichtliche Falle für einzelne Journalisten und Massenmedien. Denn jeder Kläger kann solche verleumderischen Angaben in jeder kritischen Publikation über seine Partei bzw. seinen Wahlblock erblicken, während der Journalist beweisen muss, er hätte keine böse Absicht gehabt. Mit anderen Worten, wie ich einschätzen kann, werden für die anklagende Seite, sei es eine politische Persönlichkeit oder Partei, juristische Präferenzen geschaffen. Was für die Journalisten, so wird ihnen bedrohlich eine Knute präsentiert. Denn jede negative Einschätzung bedeutet für die Mitarbeiter der Massenmedien zwangsläufig, an den gerichtlichen Schandpranger gestellt zu sein. Das ist eine klassische Kaltstellung der Meinungs- und Pressefreiheit nach politischem Prinzip, denn bei weitem nicht alle Journalisten begnügen sich mit der Rolle des einfachen Zubringers, oft analysieren sie, um festzustellen, welche Partei bzw. welcher Kandidat gewisse Zielsetzungen bloß deklariert und wer wirklich seinen Deklarationen folgt und durch seine praktischen Handlungen etwas erreicht. Die Situation ist leider so, dass die besagten Artikel es den Journalisten nicht möglich machen, die praktische Tätigkeit der Parteien und Kandidaten, ihre Ergebnisse, mit denen sie sich zur Wahl stellen, einzuschätzen“.

Бюллетень Социал-демократической
партии Украины (Объединенной)

**Нарушение прав человека
и политические репрессии в Украине**

Август— сентябрь, 2005
(На немецком языке)

Художественный редактор *О. М. Говзан*
Корректор *Н. П. Степенко*

Подписано в печать 30.09.05.
Формат 84x108 1/32. Усл. печ. л. 2,52.
Усл. краскоотт. 3,0. Уч.-изд. л. 3,59. Тираж 200 экз.
Заказ №5-2087

Издательство «Довіра»
ул. Киквидзе, 2/34, Киев-103, 01103

Киевская нотная фабрика
ул. Фрунзе, 51а,
г. Киев-80, 04080

Нарушение прав человека и политические репрессии в
НЗ0 Украине. Август—сентябрь, 2005: Бюл. Социал-демокр. партии
Украины (Объед.) / Редкол.: Л. М. Кравчук и др. — К.: Довіра,
2005. — 47 с.: ил.
ISBN 966-507-178-5

ББК 66.3(4УКР)6